



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

**Berufliche Bildung
in Bayern**

Unsere Themen

Nach der Landtagswahl:
Kontinuität am Salvatorplatz

Berufsbildungsinitiative der
unionsregierten Länder

IT-Fit: ein Ansatz zum
E-Learning auch bei der
Lehrerfortbildung

arge-alp tagte in Bozen

Personelle Veränderungen in
der VLV-Spitze

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs



in Regensburg

HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 01: 2003-12-08
für Heft 02: 2004-01-12
für Heft 03-04: 2004-02-09

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Kontinuität am Salvatorplatz

Bildungspolitik

- 4 Berufsbildungsinitiative der unionsregierten Länder
8 Armin Ulbrich: arge-alp-Fachtagung in Bozen

Dienstrecht

- 10 Pressemitteilungen des Bayerischen Beamtenbundes
11 Forderungen der abl

Lehrerbildung

- 12 Jörg Stender: IT-Fit – ein E-Learning-Ansatz für die Fortbildung
von Lehrern und Ausbildern

Die Lehrerseite

- 14 Dr. Dagmar Ruhwandl: Bournout und Bournout-Prävention
im Lehrerberuf
16 Erste Jenaplan-Schule in Süddeutschland nimmt Unterricht auf

VLB-Initiativen

- 17 Schriftsätze des VLB

Pädagogik und Unterricht

- 18 Thomas Barmetler: Moderner Unterricht ein Praxisbeispiel
20 Günter Nußstein: Verkaufen mit allen Sinnen
21 LEONARDO DA VINCI – Startschuss für neue Projekte

VLB-Online

- 22 Johannes Münch: Unterrichtsmaterial für den ökologischen Landbau

Fachtagung

- 23 Martin Ruf: „Antrittsvorlesung bei den Kaufleuten“

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 26 Barbara Dilberowic: Verbandspressarbeit auf den Weg gebracht
27 Personelle Veränderungen im VLB-Vorstand

Senioren

- 29 Berthold Schulter: Ehrlichkeit in der Politik – eine weitere Facette
30 Berthold Schramm: Oberfrankens Senioren treffen sich in Kronach

Umschau

Kommunale Schulen

- 33 MdL Eykmann teilt Sorge über die Zukunft Würzburger Berufsfachschulen

Für Sie persönlich

- 33 Helmut Lang: Elektronikversicherung für Schulen
Verbesserter Service: Meldung Haftpflichtschaden

Vermischtes

- 37 Lothar Fischer: Moskau – St- Petersburg – VLB-ler mit dem Schiff unter-
wegs

- 38 Termine

- 39 Bücher/Medien

Titelfotos: Martin Ruf

Nach der Landtagswahl:

Kontinuität am Salvatorplatz

PETER THIEL

Die Wahl zum 15. bayerischen Landtag ergab aus der Sicht der Lehrer an beruflichen Schulen wenig Spektakuläres. Das Ergebnis konnte man vorher weitestgehend ahnen, dennoch frappte das Ausmaß des Wahlsieges. Spannender als die Wahl selbst war dann freilich die Kabinettsbildung. Doch gab's auch da – zumindest im Bereich der Schul- und Bildungspolitik – keine personellen Überraschungen. Mit Monika Hohlmeier bleibt uns eine Kultusministerin erhal-

die Einführung von Bildungsstandards bei Gleichwertigkeit der beruflichen Abschlüsse. Sie vermag sich jetzt auch weiteren Reformideen zu öffnen, deren Umsetzung auf Grund der strikten Sparpolitik freilich so ohne weiteres nicht mehr möglich sein wird. Auch ihre Intentionen, unter den Lehrern im Lande Aufbruchstimmung zu verbreiten und das Lehrermage in der Öffentlichkeit zu verbessern, laufen Gefahr, angesichts der zu befürchtenden Arbeitszeitveränderungen einen kräftigen Dämpfer zu erhalten. Wissenschaftliche Studien belegen im-

motivierten Lehrern. Gehen die „am Stock“, kann der gewünschte Funke auf die Kinder und Jugendlichen nicht überspringen. Wir können nur hoffen, dass die gegenwärtig harte Hand der Staatsregierung – der Geist von Seon sozusagen – nicht zum Spiel mit dem Feuer wird und eine unerwünschte Bremswirkung dort auslöst, wo die Erneuerung bereits auf gutem Wege war.

Auch die Wiederberufung von Karl Freller als Staatssekretär im Kultusministerium ist für den VLB ein Beleg für Kontinuität. Freller ist ein anerkannter Schulpolitiker und tritt glaubwürdig und mit ganzer Kraft für die Belange der beruflichen Bildung ein. Immer wieder war er kompetenter Gesprächspartner des VLB u.a. bei



Die „alte“ und neue Kultusministerin Monika Hohlmeier.



Staatssekretär Karl Freller. Auch er bleibt an der Spitze des Kultusministeriums.



MdL Ingrid Heckner: Auf Anhieb ein überraschendes Wahlergebnis.

ten, die für Kontinuität und Berechenbarkeit steht.

Als Insiderin beruflicher Schulen weiß die Kultusministerin den beruflichen Bildungsweg zu schätzen und dessen Problembereiche richtig zu gewichten. Den Argumenten des VLB öffnete sie sich bislang jedenfalls in erfreulicher Weise. Sie war klug genug, die Erfahrungen der Berufsbildungspraktiker im Lande in ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

Die von ihr in Angriff genommenen Reformschritte kann sie nun konsequent weiterführen. U.a. sind dies die Schulentwicklung, der Modellversuch Modus 21, die Versorgung der Schulen mit dem nötigen Lehrpersonal oder

merhin: die Arbeitsbelastung der Lehrer hat ein nicht mehr zu überbietendes Ausmaß erreicht. Sattelt man wiederum noch was drauf, setzt man die genannte Aufbruchstimmung aufs Spiel indem man die Motivation in geradezu kontraproduktiver Weise beeinträchtigt.

„Bildung hat Vorfahrt“, so lautet eines der von der Staatsregierung proklamierten Axiome. Und die Kultusministerin weiß nur zu gut: Eine solide Bildungspolitik ist die unerläßliche Voraussetzung für jedwede wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung, die sich die Staatsregierung auf die Fahnen geschrieben hat. Eine solide Bildung aber geht nur mit gut

dessen parlamentarischen Abenden. Und dort wie andernorts ging er auch unbequemen Themen nicht aus dem Wege. Wie die Kultusministerin, so gilt auch Freller als solider Kenner beruflicher Schulen: Immerhin hat er „in jungen Jahren“ an einer Berufsschule unterrichtet und dort einschlägige Erfahrungen sammeln können.

Was die Spitze am Salvatorplatz betrifft, kann der VLB also – trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse – auf Kontinuität und Berechenbarkeit auf der ganzen Linie setzen. Beides sind hochwertige politische Güter in einer Zeit, in der in anderen Bereichen der Politik eine Überraschung die andere jagt.

Gestützt wird der „gedämpfte Zukunftsoptimismus“ des VLB auch durch die Tatsache, dass seine bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Ingrid Heckner als „Neuling“ in den Landtag einrückte und zwar mit einem überragenden Wahlergebnis. Sie hat im VLB – wie Landesvorsitzender Hermann Sauerwein bei ihrer Verabschiedung betonte – „eine lange Lehrzeit in Sachen berufliche Bildung hinter sich gebracht, und der Verband kann nur hoffen, dass sie die dabei erworbenen Zuständigkeiten bei ihrer Arbeit im Maximilianeum zum Tragen bringen kann, indem sie in den Landtagsausschuss für Bildung, Jugend, Sport berufen wird“. Wir verweisen auf die Würdigung von Ingrid Heckner auf Seite 27 unseres Heftes.

Der 21. September hatte im Übrigen einigen treuen Streibern für die berufliche Bildung arg mitgespielt. Es waren jene Damen und Herrn der größeren Oppositionsfraktion im Maximilianeum, die bei der Wahl auf der Strecke blieben. Ohne unseren Grundsatz strikter parteipolitischer Neutralität verletzt und ohne einzelne Namen nennen zu wollen, müssen wir doch feststellen: So manchem von ihnen gebührt unser aufrichtiger Dank für den Einsatz zur Aufwertung der beruflichen Schulen im Lande, für die konstruktive Arbeit in den Ausschüssen und im Parlament, aber auch für das Engagement und das gute Einvernehmen bei unseren parlamentarischen Abenden sowie für das Verständnis bei zahllosen Einzelgesprächen. Abgeordnete kommen, Abgeordnete gehen, Parlamentarier haben ein Mandat auf Zeit. Von denjenigen, die neu hinzugekommen sind im Bayerischen Landtag wünschen wir uns die gleiche Akzeptanz, wie wir sie von denjenigen erfahren haben, deren Ausscheiden wir bedauern. <

Initiative der unionsregierten Länder:

Berufliche Vollzeitschulen auf dem Vormarsch?

Bei der letzten Sitzung des VLB-Hauptvorstandes Mitte Oktober in Regensburg nahm die Diskussion zu einem Initiativpapier der Kultusministerinnen und Kultusminister aus den unionsregierten Ländern einen breiteren Raum ein. Landesvorsitzender Hermann Sauerwein hatte das Papier vorgestellt und die HV-Mitglieder zu gründlicher Aussprache aufgerufen. Der vollständige Titel der Unions-Initiative lautet „Sicherung der Berufsausbildung und Qualifizierung junger Menschen sowie effektive Nutzung aller Ressourcen in der Berufsausbildung“.

Seiner Bedeutung wegen geben wir hier die wichtigsten Aussagen des Papiers wieder.

Die Betriebe, Organisationen und Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften sowie Bund und Länder sehen im dualen System der Berufsausbildung ein unverzichtbares Instrument zur Gewinnung und Sicherstellung des Bedarfs an Fach- und Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird durch dieses Qualifizierungssystem entscheidend geprägt und begünstigt. Die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder beobachten daher mit großer Sorge, in welchem Umfang das duale System der Berufsausbildung quantitativ immer weniger in der Lage ist, seine Aufgabe zu erfüllen:

- Die Versorgung mit betrieblicher Berufsausbildung ist seit 1991, als noch 75 % der 17-19-Jährigen versorgt wurden, auf nur noch 62 % im Jahre 2002 zurückgegangen. Der Rückgang hat insbesondere in den letzten beiden Jahren ein dramatisches Ausmaß angenommen.
- In den alten Ländern bilden nur noch 30 %, in den neuen Ländern nur 27 % der Betriebe aus. Ein

Viertel der Betriebe bildet trotz Ausbildungsberechtigung nicht aus.

- Gleichzeitig ist bereits heute ein Mangel an qualifizierten Fachkräften in Sicht.

Auch in qualitativer Hinsicht besteht für die Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung (z.B. die Ordnungsarbeit) dringender Handlungsbedarf.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung hat erheblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Wenn wirtschaftliche Rahmendaten unsicher sind und kein klares Konzept der Bundesregierung zur Überwindung der Schwierigkeiten erkennbar ist, leidet zwangsläufig die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Auch die Blockadehaltung der Gewerkschaften bei der Schaffung theorieentlasteter Berufe trägt zur Verschärfung der Lehrstellensituation bei, gerade bei der ohnehin bereits benachteiligten Gruppe leistungsschwächerer Jugendlicher.

Die Gesamtentwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt zwingt die Kultusministerien der Länder dazu, immer mehr Verantwortung in der beruflichen Erstausbildung zu übernehmen:

- Die Zahl der Schüler und Schülerinnen an beruflichen Vollzeitschulen hat sich seit 1993 im Berufsvorbereitungsjahr von 100 % auf 128 % (75.000 Jugendliche), im schulischen Berufsgrundbildungsjahr (BGJ/s) von 100 % auf 149 % (40.000 Jugendliche), an Berufsfachschulen (BFS) von 100 % auf 163 % (425.000 Jugendliche) erhöht.
- 465.000 Jugendlichen wird somit im BGJ/s und an BFS eine berufliche Grundbildung bzw. eine komplette Erstausbildung nach dem Schulrecht der Länder vermittelt. Im

dualen System befinden sich rund 1,7 Mio. Auszubildende.

Nicht berücksichtigt sind bei den Zahlen der Länder die vielen tausend Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss in weiterführenden beruflichen Vollzeitschulen.

Von den Kultusministerien ist die Verlagerung von Ausbildungsströmen aus dem dualen System in berufliche Vollzeitschulen bildungspolitisch nicht gewollt. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen der Länderhaushalte (im Haushaltsjahr 2000 wurden mehr als 6 Milliarden Euro für berufsbildende Schulen, darunter fast 50 % für Berufsschulen ausgegeben), können von den Ländern nicht beliebig ausgeweitet werden.

Da die Kultusministerien der Länder jedoch gezwungen sind, zunehmend Ersatzfunktionen für das duale System der Berufsausbildung zu übernehmen, sind neue Grundsätze für das Zusammenwirken von Wirtschaft, Bund und Ländern im Bereich der beruflichen Erstausbildung zwingend erforderlich.

Die Kultusministerinnen und der Kultusminister legen hierzu folgende Forderungen vor, die auch bei der anstehenden Änderung des Berufsbildungsgesetzes zu berücksichtigen sind:

I. Gleichberechtigtes Zusammenwirken bei der Konzeption und Ausgestaltung von anerkannten Ausbildungsberufen

Das duale System der Berufsausbildung erfordert auf allen Ebenen die intensive Kooperation der Partner. Auf der zentralen Ebene, insbesondere bei der Konzeption von anerkannten Ausbildungsberufen, fehlt es jedoch an der zwingend erforderlichen Kooperation von Sozialpartnern, Bund und Ländern.

Die Länderseite trägt einen beträchtlichen Teil der Kosten für die duale Berufsausbildung durch die Finanzierung der Personalkosten (Länder) und Sachkosten (Kommunen) für den Lernort Berufsschule. Entscheidungen zu den Eckwerten der aner-

kannten Ausbildungsberufe, z. B. über das Berufsprofil und die Spezialisierungen, die Berufsstruktur, die Berufsfeldzuordnung und die Ausbildungsdauer haben direkt Auswirkungen auf den Ressourceneinsatz der Länder. Die Länder sind in hohem Maße Betroffene der Entscheidungen der Sozialpartner und des Bundes; Einwirkungsmöglichkeiten haben sie derzeit aber fast keine. Zudem ist die hohe Fachkompetenz des dualen Partners Berufsschule bei der Konzeption und Ausgestaltung von anerkannten Ausbildungsberufen unverzichtbar.

Die Kultusministerien fordern daher die frühzeitige Einbeziehung der Kultusseite in den Entwicklungsprozess von Vorgaben für Neuordnungsverfahren und in das bislang auf die Sozialpartner beschränkte Konsensprinzip.

II. Mehr Effizienz beim Verfahren zur Neuordnung von Berufen

Von 1996 bis 2003 wurden mehr als 200 anerkannte Ausbildungsberufe neu geordnet oder neu geschaffen. Ziel der Neuordnungen ist es, das duale Ausbildungssystem den wirtschaftlichen Veränderungen und technologischen Entwicklungen strukturell und inhaltlich anzupassen und in der Folge die Anzahl der Ausbildungsstellen zu stabilisieren und nach Möglichkeit zu steigern. Grundlage des Erarbeitungs- und Abstimmungsverfahrens für Ausbildungsordnungen und KMK-Rahmenlehrpläne ist das „Gemeinsame Ergebnisprotokoll vom 30. Mai 1972“. Dieses hat sich zwar in der Vergangenheit bewährt – nicht zu übersehen sind aber in zunehmendem Maße Bestrebungen, das Mitwirkungsrecht der Länder und ihre Rolle als „Partner“ im Rahmen von Neuordnungsverfahren nicht mehr angemessen anzuerkennen. In letzter Zeit häufen sich zudem Verfahrensmängel, die die Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems schwächen.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Verbesserung des Verfahrens zur Erarbeitung und Abstimmung von**

Ausbildungsordnungen und KMK-Rahmenlehrplänen;

- **terminliche Festlegungen zu den Abläufen im Neuordnungsverfahren, damit mindestens ein halbes Jahr vor Ausbildungsbeginn die Ordnungsmittel für Ausbildungsbetrieb und Berufsschule zur Verfügung stehen;**
- **zeitliche Synchronisierung von Neuordnungsverfahren verwandter Ausbildungsberufe;**
- **Festlegung verbindlicher Standards für Ausbildungsordnungen;**
- **Professionalisierung der Zusammenarbeit der Sachverständigen des Bundes und der Mitglieder des Rahmenlehrplan-Ausschusses in der Vorbereitungs- und Erarbeitungsphase der Ordnungsmittel.**

III. Neue Partnerschaft im dualen Ausbildungssystem

Es fehlt nicht an Bekenntnissen der Wirtschaft zum dualen Ausbildungssystem. Woran es dagegen mangelt, sind eindeutige Festlegungen zur tatsächlichen Ausgestaltung einer wirklich gleichberechtigten Partnerschaft. Die Partnerschaft zwischen Schule und Wirtschaft schlägt sich häufig nur in der Mitwirkung der Lehrkräfte an Kammerprüfungen und in Berufsausbildungsausschüssen der zuständigen Stellen nieder, wobei ihnen in letzteren lediglich eine beratende Stimme zugestanden wird. Kooperation in der dualen Berufsausbildung kann keine Einbahnstraße sein.

Zur Partnerschaft gehört auch die Qualitätsentwicklung und -sicherung an beiden Lernorten. Während sich die Berufsschule seit mehreren Jahren um Qualitätsentwicklung und -sicherung bemüht, werden nur selten Qualitätsanforderungen an die betriebliche Ausbildung und an die Abschlussprüfung definiert.

Die Leistungen, die Berufsschüler über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich erbringen, finden keinerlei Berücksichtigung bei der Festlegung der Prüfungsergebnisse von Zwischen- und Abschlussprüfung. Zu einer gleichberechtigten Partnerschaft gehört auch, dass wesentliche Leistungs-

feststellungen im Lernort Berufsschule gleichwertig in die gemeinsam zu verantwortende Abschlussprüfung eingehen.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Einbeziehung, der berufsschulischen Leistungsfeststellung oder materiell gleichwertiger länderspezifischer Regelungen in das Gesamtergebnis der Abschluss- oder Gesellenprüfung;**
- **Berufung von Lehrkräften an Berufsschulen in die Berufsbildungsausschüsse als stimmberechtigte Mitglieder;**
- **angemessene Vergütung der Lehrkräfte für ihre Tätigkeit bei Kammerprüfungen.**

IV. Schluss mit der Verschwendung von Ressourcen – keine Verlängerung der Ausbildungszeiten

Das Gesamtsystem der Berufsausbildung ist durch eine Abschottung der dualen Berufsausbildung gegenüber der vollzeitschulischen Berufsausbildung geprägt. Inzwischen ist es durch unnötige Mehrfachdurchgänge („Warteschleifen“) gekennzeichnet. Dies führt zu Doppelungen in der Ausbildung sowie zu einer unnötigen Verlängerung der Ausbildungszeit und damit zur Verschwendung sowohl personeller als auch sachlicher Ressourcen. Zudem unterlaufen die Sozialpartner und der Bund die im Berufsbildungsgesetz vorgesehene Ausbildungsdauer für anerkannte Ausbildungsberufe von drei Jahren, indem sie die Dauer in zahlreichen Ausbildungsberufen mit großen Auszubildendenzahlen auf 3 1/2 Jahre ausweiten.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Anerkennung berufsqualifizierender vollzeitschulischer Bildungsgänge durch die Wirtschaft als gleichwertige Abschlüsse neben dem dualen Ausbildungssystem;**
- **uneingeschränkte Zulassung von Absolventen einschlägiger vollzeitschulischer Bildungsgänge zur Abschlussprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen;**

- **volle Anrechnung einschlägiger beruflicher Qualifizierung in Vollzeitschulen (schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) auf die Ausbildungszeit in anerkannten Ausbildungsberufen;**
- **umgehende Inkraftsetzung der im Juni 2003 vom Bundesrat beschlossene Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung durch den Bund;**
- **uneingeschränkte Zulassung von Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge zu den Fortbildungsprüfungen der Kammern;**
- **Begrenzung der Ausbildungsdauer von anerkannten Ausbildungsberufen auf maximal drei Jahre.**

V. Schluss mit der Überspezialisierung in der dualen Berufsausbildung

Statt anerkannte Ausbildungsberufe grundsätzlich mit einer breit angelegten beruflichen Grundbildung oder mit breit angelegten Kern- und grundlegenden Fachqualifikationen zu entwickeln, folgt der Bund zu häufig den sehr spezifischen Interessen von Branchen und ihren Verbänden und lässt Ausbildungsberufe entwickeln, die überspezialisiert sind und über Nischenberufe nicht hinauskommen. Neue Ausbildungsberufe mit sehr engem Qualifikationsprofil werden geschaffen oder aus bereits bestehenden Ausbildungsberufen herausgelöst, während der Anteil der Querschnittsberufe reduziert wird. Dies kann im Zeitalter des schnellen technologischen Wandels und des lebenslangen Lernens kein Strukturprinzip für zukunftsweisende anerkannte Ausbildungsberufe sein.

Die zunehmende Spezialisierung – häufig bereits im ersten Ausbildungsjahr – verringert die Chancen der Absolventen der dualen Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt und verhindert den für die berufliche Fort- und Weiterbildung dringend erforderlichen Erwerb breit angelegter grundlegender Kompetenzen. Eine solche „Atomisierung“ führt dazu, dass der duale Partner Berufsschule bei verantwortbarem Ressourcenein-

satz kein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der Fläche vorhalten kann. Um den Berufsschulunterricht für hoch spezialisierte Ausbildungsberufe anbieten zu können, müssen in zunehmendem Maße große Einzugsbereiche gebildet werden, bis hin zu länderübergreifenden Fachklassen. Das ist ein Ausbildungshemmnis ersten Ranges für Ausbildungsbetriebe wie für die betroffenen Jugendlichen.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Einhaltung des Grundsatzes einer breit angelegten beruflichen Grundbildung oder von breit angelegten gemeinsamen Kern- und grundlegenden Fachqualifikationen bei der Neuordnung von inhaltlich verwandten Ausbildungsberufen;**
- **Bindung der Aufnahme von Neuordnungsverfahren für anerkannte Ausbildungsberufe an eine zu erwartende Mindestanzahl von Auszubildenden;**
- **Orientierung der Spezialisierung in Ausbildungsberufen an einer angemessenen Relation zur Anzahl der prognostizierten Auszubildendenverhältnisse;**
- **Beachten von Kriterien wie Transparenz und Aussagekraft bei der Schaffung neuer Berufsbezeichnungen.**

VI. Berufsausbildung für alle Jugendlichen

In einer Reihe von anerkannten Ausbildungsberufen steigen die Anforderungen an Fachkräfte mit der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und auch bereits in der Berufsausbildung stetig an. Mehr praktisch begabten Jugendlichen fällt es schwer, die geforderten Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, sie sind den theoretischen Anforderungen nicht gewachsen. Obwohl erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um diesem Personenkreis zu einem Berufsabschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu verhelfen, bleiben jährlich ca. 15 % der Jugendlichen ohne Ausbildungs-

abschluss. Dabei gibt es im Beschäftigungssystem durchaus ein Arbeitsmarktsegment mit Tätigkeiten und Qualifikationsprofilen für eher praktisch Begabte, für die tragfähige zweijährige Ausbildungsberufe entwickelt werden können.

Die Bemühungen, für diese Jugendlichen theorieentlastete Ausbildungsberufe zu schaffen, scheiterten bislang am Widerstand der Gewerkschaften. Die Verabschiedung entsprechender Ausbildungsordnungen wurde aus tarifpolitischen Gründen mit Hilfe des beim Abstimmungsverfahren geltenden Konsensprinzips verhindert.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Schaffung von zweijährigen theorieentlasteten Ausbildungsberufen mit weniger komplexen Anforderungen, um das Begabungspotential der Jugendlichen umfassender auszuschöpfen;**
- **Entwicklung von mehr Angeboten zur Teilqualifizierung mit entsprechender Zertifizierung von erfolgreich durchlaufenen Ausbildungsabschnitten auch durch berufliche Schulen.**

VII. Schaffung regionaler Berufsbildungsnetzwerke

Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist durch eine große Zahl von Bildungsanbietern in staatlicher und sonstiger öffentlicher und privater Trägerschaft gekennzeichnet. Dies ist mit einem hohen personellen und sächlichen Aufwand und einer entsprechenden Kapitalbindung verbunden.

Die Entwicklungen in der Wirtschaft lassen erkennen, dass die Bandbreite der benötigten Bildungsangebote weiter zunehmen wird. Dies erfordert im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine Steigerung der Effizienz, insbesondere bei der Nutzung vorhandener Ausstattungen, aber auch beim personellen Ressourceneinsatz. Eine Voraussetzung hierfür sind kontinuierliche Abstimmungen zwischen den an der beruflichen Aus- und Weiterbildung Beteiligten einer Region.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Entwicklung eines kontinuierlichen regionalen Berufsbildungsdialogs unter Einbeziehung der beruflichen Schulen;**
- **Zusammenführung der berufsbildenden Schulen und anderer Bildungseinrichtungen der Region zu regionalen Berufsbildungsnetzwerken, in denen die Bildungsangebote den regionalen Anforderungen angepasst und einvernehmlich abgestimmt werden, um die besonderen Stärken der einzelnen Partner bestmöglich zu nutzen;**
- **Nutzung der an den beruflichen Schulen vorhandenen fachlichen und pädagogischen Kompetenz für diese Berufsbildungsnetzwerke.**

VIII. Mehr Praxisbezug und verbesserte Ausbildungsfähigkeit

Die Schule muss ihren Beitrag leisten, um die berechtigten Anforderungen der Wirtschaft an Wissen, Kompetenz und Werteorientierung zukünftiger Fachkräfte erfüllen zu helfen. Notwendig ist aber auch, dass die in Ausbildungsordnungen enthaltenen Ausbildungsziele und -inhalte, die beruflichen Anforderungen realistisch beschreiben. An Idealbildern orientierte Anforderungen schaden Ausbildungsbetrieben wie Auszubildenden gleichermaßen und führen zu einer zunehmenden Verdrängung der Bewerber mit Hauptschulabschluss aus der dualen Berufsausbildung.

Schulische und berufliche Ausbildung müssen auch besser aufeinander bezogen sein. Praxistage und Praxisphasen in Betrieben sind dazu ein gutes Instrument.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Abgehen von überzogenen Anforderungen an Ausbildungsplatzbewerber durch Berücksichtigung der tatsächlich zu bewältigenden Anforderungen in der jeweiligen Berufsausbildung;**
- **Offenhalten von anerkannten Ausbildungsberufen für Bewerber mit Hauptschulabschluss;**
- **Unterstützung der Schulen durch die Wirtschaft bei der Erweiterung**

der Berufsorientierung und der Verstärkung des Praxisbezuges durch Bereitstellung von Plätzen für Betriebspraktika.

IX. Kein Rückzug des Bundes bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere für noch nicht berufsreife Jugendliche, für sozial benachteiligte Jugendliche, für Lernbeeinträchtigte und für Jugendliche in der Erziehungshilfe sind ein unverzichtbarer Teil der Berufsausbildungsvorbereitung.

Die Kenntnis der deutschen Sprache ist elementar für die Chancen am Arbeitsmarkt. Die Absicht des Bundes, die bisher bestehenden Möglichkeiten zur berufsvorbereitenden Sprachförderung aus Mitteln des Garantiefonds für spät ausgesiedelte Jugendliche zu reduzieren oder gar ganz zu streichen, sind daher nicht hinnehmbar.

Die Kultusministerien fordern daher:

- **Beibehaltung und bedarfsgerechte Anpassung einer sicher planbaren und damit verlässlichen Berufsvorbereitung von Jugendlichen durch den Bund;**
- **Abstimmung der schulischen Berufsvorbereitung und der berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zu einer zielgruppenoptimierten Berufsausbildungsvorbereitung aus „einem Guss“;**
- **Beibehaltung der Förderung von Sprachkursen für spät ausgesiedelte Jugendliche im bisherigen Umfang durch den Bund.**

X. Wieder mehr Verlässlichkeit der Wirtschaft bei der Bereitstellung von Ausbildungsstellen

Das duale Ausbildungssystem hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, einen qualifizierten Fachkräftenachwuchs für die Wirtschaft sicherzustellen. Durch die kontinuierlich zurückgehende Ausbildungsbereitschaft von Betrieben ist den Län-

dern jedoch eine Bildungs-, Personal- und Finanzplanung für die beruflichen Schulen kaum mehr möglich. Unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten stellt sich angesichts der zunehmenden Anzahl von Betrieben, die trotz einer vorhandenen Ausbildungsberechtigung keine Ausbildungsstellen mehr zur Verfügung stellen, die Frage, inwieweit die Wirtschaft ihrer sozialen Verpflichtung als Partner im dualen Ausbildungssystem nachkommt.

Angesichts der Altersentwicklung unserer Gesellschaft ist ein Fachkräftemangel absehbar. Die Wirtschaft muss bereits heute gegensteuern, um der „demographischen Falle“ zu entgehen, und darf nicht auf Maßnahmen setzen, die in dann drängender Situation unausgereift getroffen werden müssen.

Die Kultusministerien fordern daher

- die verlässliche Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsstellen, um der schleichenden Verstaatlichung der Berufsausbildung entgegenzuwirken, z. B. durch die Erhöhung der Ausbildungsbelegung der ausbildungsfähigen Betriebe;
- falls erforderlich, „Ausbildung über Bedarf“, damit die Berufsausbildung auch in konjunkturell schwierigen Zeiten und bei demographisch bedingten Problemen funktionsfähig bleibt und die Wirtschaft ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht wird.

Bonn, im September 2003

Tagung der arge-alp vom 3. bis 5. Oktober 2003 in Bozen:

Integration Behinderter an beruflichen Schulen

ARMIN ULBRICH

Die diesjährige Tagung der arge alp stand ganz im Zeichen des internationalen „Jahres der Behinderten“. Die Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände aus den Alpenländern, aus Bayern, Baden-Württemberg, Österreich, Schweiz und Südtirol also, trifft sich abwechselnd in einem ihrer Mitgliedsländer und beschäftigt sich neben einem regen Erfahrungsaustausch mit aktuellen Problemen der Bildungspolitik.

Der diesjährige Gastgeber, die deutsche und ladinische Berufsbildung der autonomen Provinz Südtirol, hat sich überaus kompetent dem Thema „Integration Behinderter“ gewidmet.

Die Tagung fand in einem hoch modernen Gebäude der Europäischen Akademie EURAC in Bozen statt.

Zu Beginn wurden die Neuerungen in der Südtiroler Bildungslandschaft von Dr. Duregger dargestellt. Die Neuerungen in der Lehrlingsausbildung in Italien sind nach dem Biaggi-Gesetz drei Formen der Lehre.

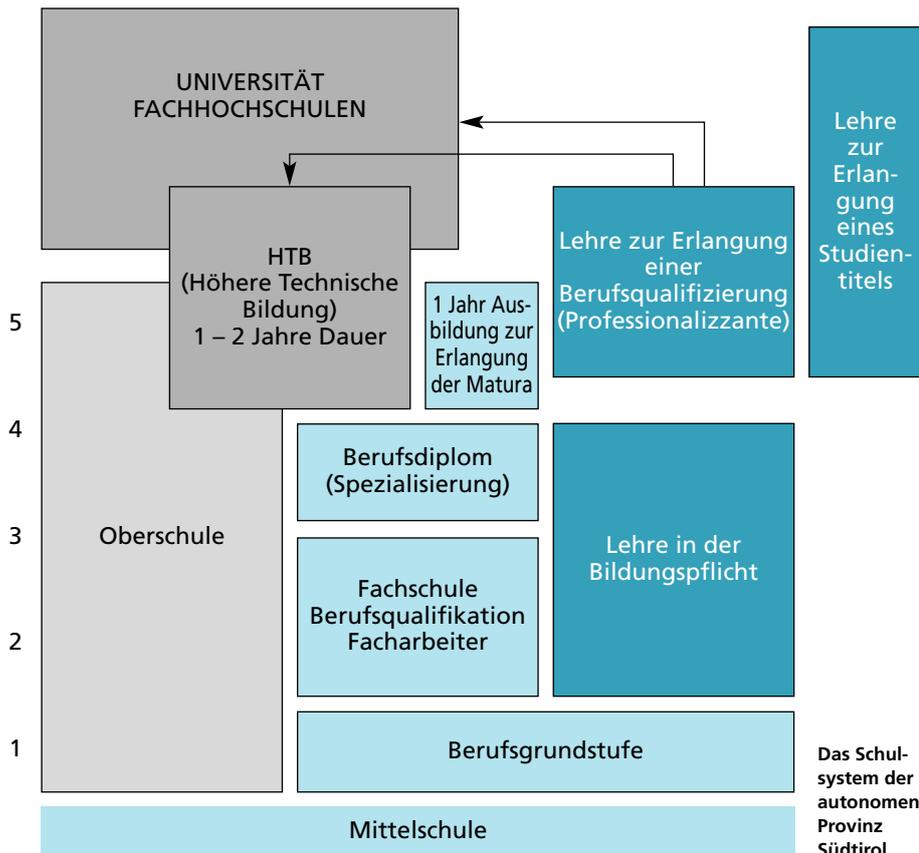
Neben der in Italien üblichen Berufsausbildung in Fachschulen ist jetzt endlich die Lehre getreten.

1. Die Lehre zur Erfüllung der Bildungspflicht für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr und einem Abschluss zu einer beruflichen Qualifizierung. Darauf aufbauend 2. die Lehre zur Erlangung einer Qualifikation durch die Ausbildung im Betrieb und zusätzlich theoretischer berufstechnischer Ausbildung, die sogenannte „professionallizante“. Diese ist für junge Menschen zwischen 18. und 29. Jahren gedacht, wenn sie bereits eine berufliche Qualifizierung in der Fachschule erworben haben. Und 3. eine Lehre zur Erlangung eines Diploms oder zum Zugang zu höheren Ausbildungsgängen. Interessant war in diesem Zusam-

menhang, dass die berufliche Qualifizierung, die über eine Lehre erreicht wird, ein Bildungsguthaben darstellt, dass für das Weiterstudium in anderen Bildungseinrichtungen angerechnet wird.

Mit ihrem Vortrag „Menschen mit Behinderungen werden Fachleute und Spezialisten“ hat die Berliner Professorin Jutta Schöler grundsätzlich erst einmal die Notwendigkeit einer Integration „Andersartiger“ in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft“ aus sozialpsychologischer und soziologischer Sicht begründet. In Europa hat sich die Tradition von der Ausgrenzung Behinderter in Richtung auf Akzeptanz von andersartigen Menschen gewandelt. In den meisten westeuropäischen Ländern ist es normal geworden, dass Kinder mit Behinderungen den Kindergarten und die Schule gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern besuchen. Die italienische Form der Eingliederung, genannt „Formatione in situazione“ in die Berufswelt, ist deshalb sinnvoll, weil diese Menschen ihre berufliche Tätigkeit an ihrem Arbeitsplatz möglichst praxisnah erlernen und die anderen Mitarbeiter ihre besonderen Fähigkeiten erkennen und für die gemeinsame Arbeit im Unternehmen nutzen können. Beide, Behinderte und nicht Behinderte, lernen vorurteilsfrei miteinander umzugehen. Der Behinderte ist in diesem Lernprozess motivierter und übernimmt selbständig mehr Verantwortung für seine Tätigkeit im Beruf und in der Gesellschaft.

Frau Gertrud Grasser (Abteilung Berufsbildung in Südtirol) hielt das Referat über „Integration von Jugendlichen mit Behinderung in der Berufsbildung in Südtirol“. Sie wies darauf hin, dass die Integration an den Berufsschulen eine lange Tradition habe, denn ohne großes Aufsehen sind lernschwache, aber handwerklich be-



gabte und arbeitswillige Jugendliche „normal“ eingeschult worden. Heute wird dies besonders gefördert, weil in Südtirol Arbeitskräftemangel besteht. Die Arbeitslosenrate beträgt nur ca. 3 %. Die Einschulung erfolgt nach einer Funktionsdiagnose, bei der dem Behinderten eine Integrationslehrperson, eine Art Assistent, zugewiesen wird und der Unterricht nach einem individuellen Erziehungsplan erfolgt. Immerhin wählen 70 % der behinderten Mittelschulabgänger den Besuch einer Berufsschule. In einer Klasse sollten nicht mehr als 3 Schüler mit Behinderung sein, die jeweils von einer Integrationslehrperson zusätzlich betreut werden. In einer Berufsgrundstufe wird in einem Jahr die berufliche Orientierung in kleinen Gruppen festgestellt, und danach besucht der Schüler entweder eine Fachschule oder er beginnt eine Berufsbildung bzw. Anlehre. Das ist dann die Ausbildung im Betrieb ("learning by doing oder formazione in situazione"). Die Schüler arbeiten 3-4 Tage im Betrieb und werden 1-2 Tage wöchentlich in der Schule in Kleingruppen unterrichtet. Nach

einer Beobachtungszeit wird ein individueller Erziehungsplan erstellt. Die Leistungen der Schüler werden nach diesem individuellen Lehrplan gemessen. Ob ein Schüler die Gesellenprüfung oder Abschlussprüfung machen kann, hängt vom individuellen Lehrplan ab. Weichen die Inhalte stark vom regulären Lehrplan ab, erhält der Schüler nach Abschluss der Berufsschule eine individuelle Kompetenzbeschreibung. Dies ist ein Dokument, aus dem der Arbeitgeber die Fähigkeiten und Fertigkeiten erkennt und den Schüler dementsprechend in die betriebliche Arbeit integrieren kann. Erwähnenswert ist, dass der Begriff Integration durch den Begriff Inklusion verdrängt wurde, bzw. dass künftig dafür das Wort Begabtenförderung verwendet wird. Auch kann es sein, dass man zukünftig nicht mehr von Behinderten spricht, sondern von Andersbegabten. Das waren sprachliche Visionen von Gertrud Gasser am Ende ihres aufschlussreichen Referates.

Frau Dr. Silvia Casazza von der italienischen Abteilung für Berufsbildung hielt ihr Referat in italienischer

Sprache, das simultan in die deutsche Sprache übersetzt wurde.

Sie betonte insbesondere, dass durch die Integration des Schülers mit Gleichaltrigen dessen Rolle und Identität aufgebaut und seine Persönlichkeit gestärkt wird.

Dabei spielt der Assistent und das Amt für Berufsbildung eine maßgebende Rolle als Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt. Und das Ziel ist letztlich nicht die Professionalisierung, sondern vielmehr der Erwerb von Zugangsvoraussetzungen oder Metakompetenzen, die in verschiedenen Arbeitsbereichen zum Einsatz gelangen können, wie das persönliche Ausführen von Aufgaben, die Anerkennung von Regeln und Rollen und das Übernehmen von Verantwortung.

Frau Dr. Edith Paggi versuchte in ihrem Referat „Nach der Integration in den Pflichtschulen: Erwartungen an Berufsbildung und Arbeitswelt“ nochmals die Bedeutung, aber auch die Schwierigkeiten der Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsprozess ausführlich und sehr engagiert darzustellen.

Die arge-alp-Tagung schien auch für die Südtiroler Landesregierung einen hohen Grad an Aktualität zu haben. Ministerin Luisa Gneccchi, zuständig für Arbeit, italienische Sprache und Berufsbildung (einschließlich Schwarzarbeit), kam und erklärte zuerst in gebrochenem Deutsch, dann italienisch mit simultaner Übersetzung, wie wichtig das Behindertenthema in Südtirol, ja für Italien sei. Alle Südtiroler, auch und erst recht die „Andersbegabten“ müssten einen adäquaten Arbeitsplatz erhalten.

Dieses aktuelle Hauptthema war nicht der einzige Diskussionsstoff, sondern wurde – wie jedes Jahr – ergänzt durch die sehr interessanten Länderberichte der teilnehmenden Verbände und durch ein attraktives Rahmenprogramm. <

ddp-bay-Meldung, 7. Oktober 2003:

CSU-Fraktion plant weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Der neue bayerische CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann kündigt einschneidende Sparmaßnahmen und einen weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst an. Herrmann sagte dem „Münchner Merkur“, notwendig seien „harte Sparbeschlüsse“. Der aktuelle Etat stehe „vor massiven Problemen“. Deshalb erfordere es eine „gewaltige Kraftanstrengung“, das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung bis 2006 zu erreichen.

Herrmann fügte hinzu: „Wir werden bei der Bildung sicher nicht kürzen, wollen weiter in Schulen und Hochschulen investieren. Deshalb werden wir im gesamten übrigen Staatsapparat noch mehr als bisher einsparen müssen.“ Dies bedeute einen weiteren Per-

sonalabbau in der Verwaltung. Es gehe dabei jedoch nicht um Entlassungen, sondern um „die Streichung von vielen Stellen, die etwa durch Pensionierung frei werden“.

Der CSU-Fraktionschef betonte, der geplante Personalabbau sei nur möglich, wenn es auch weniger Aufgaben gebe: „Wir können nicht die Zahl der Aufträge unverändert lassen und die Zahl der Mitarbeiter abbauen. Der Staat muss prüfen, welche Aufgaben der tatsächlich noch wahrnehmen und von welchen Aufgaben er sich aus Kostengründen zurückziehen muss.“ Herrmann fügte hinzu: „In weiten Teilen werden wir uns künftig auf das unbedingt Notwendige beschränken müssen.“

Pressemitteilungen des Bayerischen Beamtenbundes, 19. – 22. 10. 2003:

Zur aktuellen Lage

Arbeitszeitverlängerung wäre „casus belli“

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hat massiven Widerstand gegen eine mögliche Arbeitszeitverlängerung für Staatsdiener angekündigt. „Eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit wäre der casus belli, der Kriegsfall“, sagte Verbandschef Rolf Habermann der dpa. Die Beamten würden es nicht tatenlos mitansehen, wenn sie nach den bisherigen Verschlechterungen erneut zur Kasse gebeten würden. Das Kabinett will bei einer am Sonntag beginnenden Klausur unter anderem über längere Arbeitszeiten für Beamte beraten. Nach der Tagesordnung, die der dpa vorliegt, soll auch über die Entwicklung eines einheitlichen Dienst-

rechts für den öffentlichen Dienst sowie über mögliche Tarifkündigungen diskutiert werden. Nach einem Bericht des „Münchner Merkur“ (Wochenendausgabe) erwägt der Freistaat, die Wochenarbeitszeit für Staatsdiener von derzeit 40 auf bis zu 42 Stunden anzuheben.

Habermann sagte, es sei „ausgesprochen befremdlich“, dass die Diskussion nur wenige Tage nach der Wahl aufkomme. „Politisch ehrlicher wäre es gewesen, die Beamtinnen und Beamten über derartige Absichten zu informieren, bevor sie ihre Stimme abgeben“, meinte er. *-dpa-*

Kabinett prüft Mehrarbeit für Beamte

Die CSU-Staatsregierung will Bayerns Beamte möglicherweise länger arbeiten lassen. Bei einer bis Dienstag dauernden Klausur wollte das Kabinett entsprechende Pläne beraten. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) meldete vorsorglich massiven Widerstand an. Damit könnten die Beschäftigten nicht für die bevorstehenden Reformmaßnahmen motiviert werden, sagte Verbandschef Rolf Habermann. Schwerpunkt des dreitägigen Kabinetttreffens ist der geplante Bürokratieabbau im Freistaat. Staatskanzleichef Erwin Huber (CSU) kündigte in einem dpa-Gespräch eine drastische Einschränkung der Landesplanung an. „Wir brauchen eine radikale Reduzierung der Planungstiefe und Planungsbreite“, sagte er. Das im Januar neu beschlossene Landesentwicklungsprogramm (LEP) komme noch einmal auf den Prüfstand. Nachgedacht werde über eine komplette Abschaffung der 19 regionalen Planungsverbände. Nach der Tagesordnung will das Kabinett generell über die Straffung des Behördenaufbaus und die Konzentration von Sonderbehörden diskutieren. Auch die Streichung staatlicher Aufgaben ist geplant. Bei den Beamten erwägt der Freistaat nach einem Bericht des „Münchner Merkur“ eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden. Zudem steht die Entwicklung eines einheitlichen Dienstrechts auf dem Programm. Derzeit arbeiten Beamte in Bayern 40, Angestellte im öffentlichen Dienst 38,5 Stunden. BBB-Chef Habermann sagte, die Beamten würden eine weitere Verlängerung ihrer Arbeitszeit nicht tatenlos hinnehmen. Zudem sei es ausgesprochen befremdlich, dass die Diskussion nur wenige Tage nach der Wahl aufkomme. „Politisch ehrlicher wäre es gewesen, die Beamtinnen und Beamten über derartige Absichten zu informieren, bevor sie ihre Stimme abgeben.“ Zu den Einschränkungen in der Landesplanung sagte Huber: „Die Planungseuphorie der siebziger Jahre

muss beendet werden.“ Derzeit sind im Landesentwicklungsprogramm die gesamten Leitlinien der Raumordnung festgehalten – von der Verkehrsplanung bis zum Hochwasserschutz. „Diese ganz breite Planung führt zur Verzögerung vieler Investitionsvorhaben“, sagte der Staatskanzleichef. Die Zuständigkeit für die Landesplanung lag bisher beim Umweltministerium, wurde von Ministerpräsident Edmund Stoiber bei der Kabinettsbildung aber dem Wirtschaftsministerium zugeordnet. Stoiber begründete das damit, dass wirtschaftspolitische Fragen der Landesplanung inzwischen die umweltpolitischen Gesichtspunkte überwögen. Er habe bereits mit Wirtschaftsminister Otto Wiesheu über die Reduzierung der Landesplanung gesprochen, sagte Huber. Das Kabinett wollte am Sonntagabend in Kloster Seeon zusammenkommen. Über die Ergebnisse des ersten Regierungstreffens nach der Vereidigung in der vergangenen Woche wird Stoiber am Dienstag informieren. *-dpa-*

Staatsregierung prüft 42-Stunden-Woche für Beamte

Die Staatsregierung will Bayerns Beamte möglicherweise länger arbeiten lassen. Bei der Kabinettsklausur am Wochenende solle eine

Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden diskutiert werden, meldete der „Münchner Merkur“ (Samstagsausgabe). Finanzminister Kurt Faltlhauser wolle im Kabinettskreis die Arbeitszeitmodelle anderer Bundesländer vorstellen. Zuletzt hatten Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen die Arbeitszeit ihrer Beamten verlängert. In Bayern arbeiten Beamte derzeit 40 Wochenstunden, Angestellte im öffentlichen Dienst 38,5 Stunden. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) lehnte eine längere Wochenarbeitszeit in einer ersten Stellungnahme gegenüber der Zeitung ab. *-BBB-*

Pressemitteilung der abl vom 22. Oktober 2003:

Die abl-Forderungen

Keine verkappte Arbeitszeiterhöhung für Lehrer ...

Der Sprecher der abl-Lehrerverbände Bernhard Buckenleib hat die Staatsregierung dazu aufgefordert, ihre Vorstellungen für die angekündigte Präsenzpflcht von Lehrern an zwei Nachmittagen wöchentlich zu konkretisieren. Insbesondere sei im Moment unklar, wie die Verpflichtung in die Praxis umgesetzt werden könne, ohne dass damit eine verkappte Arbeitszeiterhöhung einhergehe. Eine solche hatte Ministerpräsident Stoiber bei der Pressekonferenz am 21. Oktober ausdrücklich ausgeschlossen. Buckenleib wörtlich: „An fast allen Schulen werden bereits heute an vielen Nachmittagen Pflicht- und/oder Wahlunterricht z. B. Chor, Orchester, Theater sowie zahlreiche weitere Aktivitäten

durchgeführt. Will man diese wertvollen Unterrichtsangebote nicht einschränken oder streichen und durch speziellen Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe ersetzen, muss dies demgemäß mit einer Reduzierung der bisherigen Pflichten und Aufgaben der Lehrerschaft einhergehen. Wie dies ohne zusätzliches Personal in der Praxis zu bewerkstelligen ist, bleibt bislang noch völlig offen. Auch angesichts der gerade in letzter Zeit mehrfach wissenschaftlich dokumentierten großen Belastung der Lehrerinnen und Lehrer hatte ich eine weitere Ausweitung der von den Kolleginnen und Kollegen zu übernehmenden Pflichten für unrealistisch und unzumutbar.“

... und keine generelle Einführung der Ganztagschule durch die Hintertür

Buckenleib machte auch darauf aufmerksam, dass ein Nebeneffekt dieser Anordnung darin bestehen könne, dass das bisherige Halbtagschulsystem in ein Ganztagschulsystem umgebaut werde. Wenn dies die Intention dieser Maßnahme sein sollte, müsse man aber politischerseits auch den Mut aufbringen, der Öffentlichkeit

reinen Wein einzuschenken und sich zu diesem höchst umstrittenen Ziel bekennen. „Und dann darf man aber auch nicht vor der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und den weitreichenden finanziellen Konsequenzen einer solchen Entscheidung zurückschrecken“, bekräftigte Buckenleib abschließend.

IT-Fit – ein E-Learning-Ansatz für die Fortbildung von Lehrern und Ausbildern

JÖRG STENDER

Bei den Reformdiskussionen zur Lehrerfortbildung wird dem E-Learning eine herausragende Zukunft prognostiziert. So sieht bspw. die Terhart-Kommission in den „neuen Informationstechnologien völlig neue Möglichkeiten der Lehrerfort- und -weiterbildung“. Vor allem werden Chancen für eine berufsbegleitende Weiterbildung für Lehrer gesehen. Allerdings liegen hierzu bislang nur wenige Erfahrungen vor. Soll vermieden werden, dass wieder einmal – wie so häufig im E-Learning-Bereich – euphorische Erwartungen über kurz oder lang in eine distanzierte Skepsis umschlagen, so kommt es darauf an, frühzeitig Gestaltungsnotwendigkeiten, Reichweiten, aber auch Grenzen zu bestimmen. An dieser Zielsetzung knüpft der E-Learning-Ansatz „IT-Fit“ der it-akademie bayern an.

IT-Fit bietet eine Plattform für eine dezentrale Fortbildung von Lehrern und Ausbildern im IT-Bereich. Damit soll eine Grundlage für ein selbstorganisiertes Lernen nach individuellen Bedürfnissen und Voraussetzungen für Lehrer und Ausbilder geschaffen werden. Zugleich verfolgt der Ansatz jenseits der Intention der Vermittlung fachlicher Inhalte das Ziel, den Wissensaustausch zwischen Lehrern und betrieblichen Ausbildern (durch Kommunikationstools und Up-/Downloads für den Austausch von Unterrichtsmaterialien) zu fördern. Durch eine Kombination von Online-Phasen mit Präsenzphasen sollen die pädagogischen Stärken der jeweiligen Lernformen ausgeschöpft werden. Initiator und Förderer ist der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie e.V. Beratend wirkten auf betrieblicher Seite verschiedene Unternehmen und auf schulischer Seite das Staatsinstitut für Schulpädagogik und

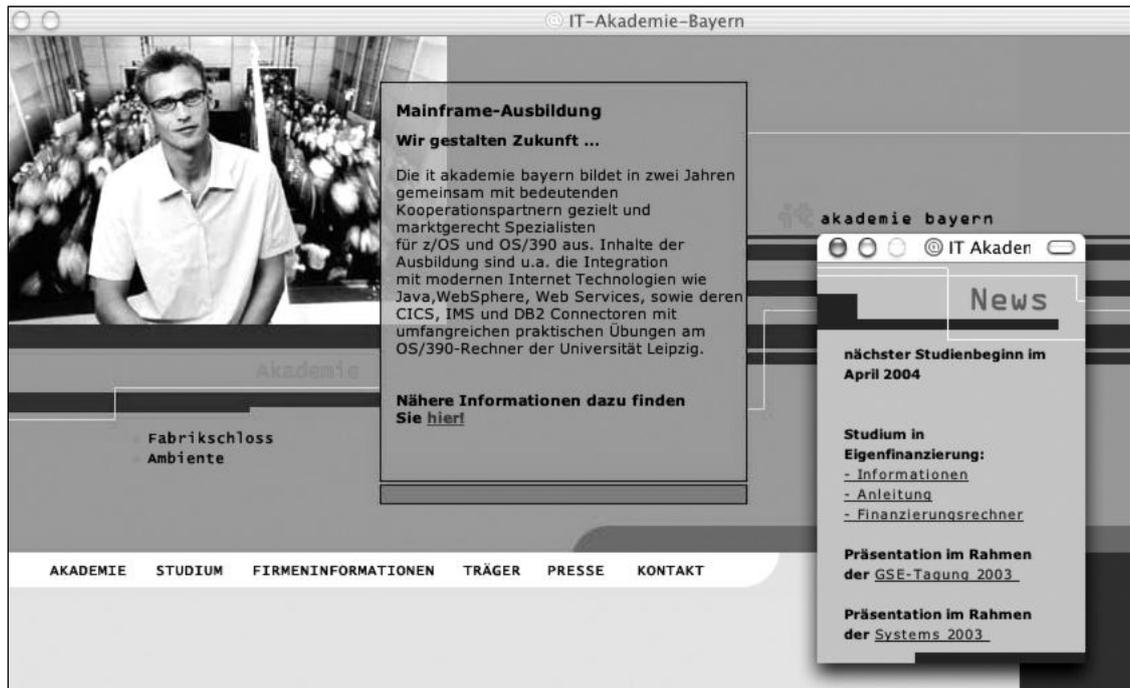
Bildungsforschung ISB mit. Die Evaluation hat der Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Leitung Prof. Dr. Jörg Stender, übernommen.

Im Rahmen der Pilotphase 2001/2002 und 2002/2003 sind drei IT-Module entwickelt und erprobt worden: Visual Basic, Windows 2000/Netzwerke und Projektmanagement. Die Lernphase in jedem Online-Modul dauert jeweils etwa acht Wochen. Zu Beginn jedes Moduls erfolgt ein Kick-Off-Workshop. Damit soll eine Vertrauensbasis für die nachfolgenden netzgestützten Kommunikationen geschaffen werden. Daneben geht es im Start-Workshop um die Erfassung von Teilnehmerinteressen und den übenden Umgang mit der Lernplattform. Danach beginnt die Online-Phase, bei der die Lerner vom Arbeitsplatz aus bzw. von zu Hause über das Internet auf die Lernplattform der it-akademie bayern zugreifen. Jedes Modul schließt mit einem Präsenzworkshop ab. Hier geht es um die Aufarbeitung von Lernschwierigkeiten, aber auch um den Austausch von praktischen Erfahrungen zum Thema. Die folgenden Ausführungen präzisieren die Inhalte bzw. Ziele der insgesamt 10 zentralen Elemente der Lernplattform.

1. Lerneinheiten mit MC-Selbsttests: Jedes Online-Modul umfasst ca. 20 bis 30 Lerneinheiten, die der Lerner nach Vorgaben im wöchentlichen Rhythmus zu bearbeiten hat (Zeitaufwand etwa 3-4 Stunden). Dabei handelt es sich überwiegend um themenrelevante Ausführungen mit graphischen Visualisierungen. Auf aufwendige multimediale Angebote wurde bewusst verzichtet, um die technischen Anforderungen am Arbeitsplatz bzw. zu Hause möglichst niedrig zu halten. In jeder Lerneinheit sind MC-Tests zur raschen Selbstevaluation vorgese-

hen. **2. Virtuelles Klassenzimmer:** Jeder Lerner kann zu einem vorgegebenen Zeitpunkt von seinem externen Lernplatz aus über das Internet ein virtuelles Klassenzimmer „betreten“. Es hat eine ähnliche Funktion wie ein ergänzender Präsenzworkshop, nunmehr aber über Telekommunikationsdienste. **3. Prüfungen:** Während die Multiple-Choice-Aufgaben in den einzelnen Lerneinheiten die Funktion einer raschen Selbstevaluation haben, geht es beim Plattformelement 3 um eine Fremdevaluation (durch den Teltutor) zu vorgegebenen Zeitpunkten. Die Prüfungsaufgaben sind von IT-Fit-Teilnehmern – bei allen Verbesserungsvorschlägen im Detail – positiv beurteilt und intensiv genutzt worden, weil sie als „Selbst-Druckmittel“ zur rechtzeitigen Bearbeitung der Lerneinheiten fungierten. **4. Übungen mit Musterlösungen:** Auch die Übungsoptionen auf der Plattform verfolgen das Ziel, die eher vermittlungsorientiert präsentierten Inhalte in den Lerneinheiten, problemorientiert anzuwenden. Im Unterschied zu den Prüfungen geht es hier jedoch nicht um eine Fremdevaluation, sondern wieder um eine Selbstevaluation (mit abrufbaren Musterlösungen). Allerdings ist die Nutzung dieser Option „angesichts eines fehlenden Drucks“ und angesichts fehlender zeitlicher Freiräume beim Lernen in der Pilotphase von IT-Fit eher gering geblieben. **5. Up-/Downloads:** Die Option „Up-/Downloads“ unterstützt sowohl den Austausch von (Unterrichts-/Ausbildungs-)Materialien zwischen der it-akademie und den Lernern als auch zwischen den Lernern untereinander. Allerdings ist der Erfolg einer solchen Strategie zur Förderung eines Erfahrungsaustauschs an Voraussetzungen, vor allem im Lernumfeld (zur Verfügung stehende Lernzeit), gebunden. **6. Teamaufgaben:** Ein Erfahrungsaustausch zwischen Lehrern und Ausbildern ergibt sich nicht automatisch, sondern muss initiiert werden. In IT-Fit ist versucht worden, dies über kooperativ zu bewältigende Aufgaben zu erreichen. Solche Teamaufgaben stoßen allerdings nur dann auf Akzeptanz, wenn die beteiligten Lerner zur Lösung ihre jeweiligen

Die IT-Akademie-Bayern im Internet.



Kompetenzen einbringen müssen und wenn auch hierfür individuell zeitliche Freiräume zur Verfügung stehen, was in der Pilotphase nicht immer gegeben war. **Die Plattformelemente 7 bis 9** betreffen im Wesentlichen die **kommunikative Ebene** der Lernplattform. Hierzu sind ein Forum mit FAQs, themenzentrierten Chats und E-Mail-Kommunikationen (zwischen den Lernern sowie zwischen den Lernern und der IT-Akademie) vorgesehen. **Plattformelement 10 ist der Teletutor.** Er ist von zentraler Bedeutung für den Lernerfolg, weil er alle Steuerungsfunktionen bei diesem E-Learning-Ansatz übernimmt. Er berät bei Lernproblemen bei der Bearbeitung der Lerneinheiten oder der Übungen, moderiert im virtuellen Klassenzimmer, ist für die Korrektur der Prüfungsaufgaben und ein geeignetes Feedback verantwortlich, stellt Scripte in den Downloadbereich ein, steuert die Bearbeitung von Teamaufgaben, stellt Informationen über das Forum oder den Newsletter zur Verfügung und steht für Rückfragen über E-Mail oder einmal pro Woche „live“ über den Chat zur Verfügung. Die Beurteilung seiner Arbeit war in den Evaluationen ausgesprochen positiv.

Der Ansatz wird – bei ausreichender Nachfrage – fortgeführt. Nähere

Informationen sind über www.it-akademie-bayern.de zu erhalten. Bei der Weiterentwicklung dieses Konzepts sind auch die Ergebnisse der Evaluationen eingeflossen. Auf diese kann hier nicht näher eingegangen werden. Diesbezüglich sei auf die kostenlos zu beziehende Studie „Leitfaden E-Learning“ von J. Stender/A. Brönnner verwiesen (anzufordern über www.vbm.de/jsp/1811.jsp). Lediglich zwei Evaluationsergebnisse seien – ohne Beleg – exemplarisch genannt, weil sie darauf hinweisen, dass die eingangs skizzierten hohen Erwartungen an das E-Learning nur dann realisiert werden können, wenn entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auch unsere Untersuchung belegt, dass ein E-Learning-Ansatz nur dann auf Akzeptanz bei den Lehrern stößt, wenn er durch Präsenzphasen flankiert wird. In IT-Fit haben Lehrer und Ausbilder für insgesamt drei Präsenzphasen (zusätzlich während der Online-Phase) plädiert. Sie sind für Lernerfolg, Motivation, Reflexion und sozialen Austausch unerlässlich. E-Learning weckt offensichtlich auch wieder – wie Kerres es formuliert – die „Magie des Präsenzlernens“, das allerdings im Kontext eines E-Learning-Ansatzes eine andere Funktion erhält.

Ein letztes Ergebnis: Akzeptanzprobleme ergaben sich bei den Lehrern vor allem aus einer bislang ungleichen Behandlung von E-Learning und traditioneller Lehrerfortbildung hinsichtlich der Anrechnung. Ein (stark frustrierter) Lehrer hierzu: „Ich ... (bin) dagegen ... viele fanden (... den E-Learning-Kurs) gut und dann sagt das Kultusministerium, da brauchen wir jetzt in Zukunft die Leute nicht mehr nach Dillingen zu schicken und da sparen wir einen Haufen Geld, die Leute sollen das nebenbei machen. Da mache ich das nebenbei und mache (schon) die Computeradministration (sowieso) nebenbei ... Die ganze Sache (gemeint: E-Learning-Kurs in IT-FIT) ist gut durchdacht und gut gemacht, da brauchen wir nicht drüber reden, aber ich bin dagegen ... ich sehe die Gefahr, dass uns noch was auf Auge gedrückt wird.“ Solche Akzeptanzprobleme werden sich erst dann erübrigen, wenn E-Learning-Kurse nicht als „Freizeitvergnügen“, sondern entsprechend aller anderen Lehrerfortbildungsangebote gewertet werden. <

Fit bleiben im Lehrerberuf:

Burnout und Burnoutprävention im Lehrerberuf



DR. DAGMAR RUHWANDL

Zuerst die Zahlen: nach aktuellen Schätzungen sind etwa die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer einmal in ihrem Leben vom beruflichen Ausbrennen betroffen. In repräsentativen Erhebungen leiden mehr als ein Viertel an einem erheblichen Ausmaß von Burnout-Symptomen, nur ein Drittel ist symptomfrei. Mehr als die Hälfte aller frühzeitig pensionierten Lehrkräfte scheidet aufgrund psychischer Probleme aus dem Beruf aus und nur etwa 10-20 % erreichen die Pensionsgrenze.

Burnout –was ist das?

Was können Lehrer tun, um diesem „Schicksal“ zu entgehen? Zunächst ist

es wichtig, die Krankheit zu erkennen. Die Hauptsymptome des Burnout-Syndroms sind Erschöpfung, Depersonalisation (ein Symptomenkomplex aus Gereiztheit, Gleichgültigkeit und Gefühllosigkeit) und Leistungseinschränkung. Sie treten häufig in der genannten Reihenfolge auf. Meist zeigt sich als erstes kritisches Symptom eine Unfähigkeit der Betroffenen, sich von der Arbeit zu regenerieren. Anschließend kommt es zu Gereiztheit, Gleichgültigkeit und schließlich zu Gefühllosigkeit gegenüber Kollegen und Schülern. Dadurch werden berufliche Kontakte mehr und mehr gemieden bis schließlich Selbstvertrauen und Produktivität so stark leiden, dass der Betroffene arbeitsunfähig wird oder gar aus dem Schuldienst ausscheiden muss.

Ursachen

Wie kommt es zum beruflichen Ausbrennen? Unterschieden wird zwischen persönlichen und unternehmensbedingten (schulischen) Ursachen. Zu den persönlichen Ursachen gehören zum einen bestimmte Persönlichkeitsmerkmale (z.B. hoher Ehrgeiz und hohes Engagement verbunden mit geringer Fähigkeit sich vom Beruf

zu distanzieren). Zum anderen zählen dazu mangelhafte Stressverarbeitung sowie unrealistische Erwartungen an den Beruf.

Zu den schulischen Ursachen für die Entwicklung von Burnout gehört die hohe Komplexität der Lehrertätigkeit (u.a. erzieherische und fachlich-pädagogische Fähigkeiten, Elternarbeit, Organisation von zwei Arbeitsplätzen) sowie der Zeitdruck während des Schuljahres (bis zu 55 Wochenarbeitsstunden). Zum Ausbrennen führen zudem unklare Erfolgskriterien, zu geringe Handlungsspielräume und Entfaltungsmöglichkeiten, Routine und Langeweile sowie sonstige schädliche Arbeitsbedingungen (hoher Lärmpegel, zunehmende Gewalt an Schulen, gesellschaftliche Abwertung des Lehrerberufs verbunden mit steigendem öffentlichen Druck).

Prävention

Wie können sich Lehrer vor dem Schreckgespenst Burnout schützen?

Wichtigste Faustregel: Je früher Maßnahmen gegen das Ausbrennen beginnen, desto seltener kommt es zur Erkrankung und umso milder ist der Verlauf. Der Prävention wird daher ein großer Stellenwert eingeräumt. Empfohlen wird eine Kombination aus Entspannungstechniken und Gruppensitzungen mit Erfahrungsaustausch über belastende Probleme im Schulalltag (s.a. Krapp, Weidenmann 2001). Solche Seminare werden derzeit unter dem Motto „Fit

Burnoutprävention im Unternehmen / in der Schule

- Klare Zielvorgaben
- Passende Arbeitsanforderungen
- Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit
- Aus- und Weiterbildung
- Soziale Unterstützung im Betrieb und im Privatleben

Übersicht 1

Individuelle Burnoutprävention

- Realistische Erwartungen an den Beruf
- Stressmanagement
- Aufbau von Energiequellen
- Sensibilität gegenüber eigenen Grenzen
- „Personen-Environment-Fit“

Übersicht 2

Energiequellen

- Kontakt zu Fremden, Familie
- Hobbys pflegen
- Leidenschaften entwickeln; Liebe zu Kultur, Natur, Lebewesen
- Entspannungstechniken, z. B. Autogenes Training

Übersicht 3

bleiben im Lehrerberuf“ angeboten, z.B. für Lehramtsstudierende am Lehrstuhl für Pädagogik, Technische Universität München sowie für Studienreferendare an beruflichen Schulen im Modellversuch AQUA (Modellversuch zur Qualitätssicherung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen, www.mv-aqua.de).

In den 2-Tages-Seminaren werden die Symptome und Ursachen des Burnout erläutert, Präventionsstrategien erarbeitet und eingeübt sowie das Autogene Entspannungstraining erlernt. Dieses eignet sich als Kurzentspannung gut für die Integration in den Berufsalltag.

Schulische Maßnahmen zur Burnoutprävention

Was kann gegen das drohende Burnout unternommen werden? Man unterscheidet, wie bei den Ursachen, individuelle und unternehmerische (schulische) Maßnahmen. In Übersicht 1 sind Vorkehrungen aufgeführt, die die Burnout-Gefahr an Schulen verringern können.

Klare Zielvorgaben und regelmäßige Anpassung der Arbeitsanforderungen helfen dabei, Berufserfolge in allen Phasen der Lehrtätigkeit zu erleben. Berufliche Entfaltungsmöglichkeiten verhindern Routine und Langeweile und fördern die Kreativität und Schaffenskraft. Regelmäßige Aus- und Weiterbildung ist nicht nur Pflicht, sondern ein wirksames Mittel um dem beruflichen Ausbrennen vorzubeugen. So haben Burnout-Betroffene meist mehrere Jahre keine Fortbildungen besucht. Soziale Unterstützung in Form von Mentoring oder Patenschaften ist eine Hilfe für Lehrende und Lernende. So können z.B. erfahrenere Kollegen die Einarbeitung von jüngeren Lehrern unterstützen und dabei selber am neuen pädagogischen oder fachlichen Wissen der Studienabsolventen teilhaben.

Individuelle Burnoutprävention

Bei der individuellen Burnoutprävention (Übersicht 2) stehen der Abbau unrealistischer Erwartungen an den Beruf und erfolgreiches Stressmana-



Lehramtsstudenten beim Entspannungstraining.

gement an erster Stelle der Präventionsmaßnahmen. Erwartungen an den Beruf oder an eine neue Stelle sollten immer wieder reflektiert und mit der Realität abgeglichen werden. Am besten gelingt dies mit Kollegen oder Studienfreunden, die ähnliche Erfahrungen teilen. Energiequellen (Übersicht 3) müssen gefunden und gepflegt werden, denn nur intensive, leidenschaftliche außerberufliche Beschäftigungen geben Kraft, auch Durststrecken im Beruf zu überwinden.

Letztlich geht es darum, die eigenen Grenzen kennenzulernen und zu respektieren um immer wieder ehrlich zu fragen: „Passt mein Leben eigentlich zu mir?“ (Person-Environment-Fit). Denn nur in einem Umfeld, das uns soviel Kraft gibt wie es uns in Summe auch wieder nimmt, können wir auf Dauer leistungsfähig und gesund bleiben.

Burnout-Behandlung

Wenn es doch einmal zu spät ist für Prävention, sollten betroffene Lehrer frühestmöglich Hilfe suchen. Denn wenn der Akku erst einmal leer ist wird es immer schwerer, ihn wieder aufzuladen. Dann ist eine ambulante Psychotherapie bei spezialisierten Ärzten oder Psychologen zu empfehlen, die je nach Stadium des Burnout etwa 10-50 Stunden dauert. In schwe-

rener Fällen kann auch eine Klinikbehandlung notwendig sein. <

Weitere Informationen zum Thema bekommen Sie unter www.burnoutpraevention.de oder bei der Autorin (siehe Autorenverzeichnis).

Literatur:

Andreas Krapp / Bernd Weidenmann (Hrsg.): Pädagogische Psychologie, Ein Lehrbuch. BELTZPVU, 4. Auflage, 2001.

Erste Jenaplan-Schule Süddeutschlands nimmt Unterricht auf:

Stammgruppen statt Klassen

Der nachfolgende Textbeitrag ist der Nürnberger Zeitung vom 8. September 2003 entnommen.

Für Maria ist erst mal ihr Tiger wichtig. Die Fünfjährige malt und bastelt die gestreifte Raubkatze, um damit ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Tiger zu zeigen. Auch Max und Sophia haben ihren Tiger fertig und zeigen ihn stolz in einem Sitzkreis den anderen „Tigern“ und ihrer Lehrerin Irmtraut Schmidt. Im Nebenraum entstehen Delfine und Maulwürfe, die mehr als 30 Kinder arbeiten ganz konzentriert am jeweiligen Erkennungstier ihrer Gruppe.

Für die Kleinen ist der erste Eindruck ihrer Schule ganz spielerisch, die gegenseitige Bewunderung für die Kunstwerke in der Gruppe ist groß, Doch Irmtraut Schmidt hat an der ersten Jenaplanschule in Süddeutschland auch mit diesem Gruppenspiel eines der pädagogischen Grundprinzipien von Jenaplan verwicklicht – „Stammgruppen“ statt Klassen.

An der Uni Jena entwickelt

Die reformpädagogische Schule, die mit diesem Schuljahr in Mögeldorf in Schulräumen an der Billrothstraße den Unterricht aufnimmt, wurde als Modell in den 20er Jahren von Peter Petersen an der Uni in Jena entwickelt. Die „Stammgruppen“ sind jahrgangsübergreifend, Erst- bis Drittklässler werden in Nürnberg miteinander lernen. Darin

besteht ein Kernpunkt der Pädagogik, die Kinder dürfen und müssen ihre soziale Kompetenz ständig erproben und anwenden. Ältere können Jüngeren helfen, sie lernen miteinander etwas zu erarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen, der soziale Prozess der Gruppe wird gezielt als Teil der Wissensvermittlung angesehen und integriert.

Soziale Tugenden werden als Leistung anerkannt, den anderen zu akzeptieren, eine andere Meinung zu respektieren ist Teil dessen, was abverlangt wird. Für Irmtraut Schmidt hat das Konzept vom Anfang an Vorteile: „Wenn Kinder von Anfang an lernen, Eigenverantwortung zu übernehmen, dann glaube ich persönlich, dass sie weiterkommen, als wenn sie immer vorgekauft bekommen, was sie tun müssen.“

Kursphasen im Nebenraum, in denen konzentriert gearbeitet wird, wechseln mit Phasen ab, in denen offen miteinander drinnen oder draußen kommuniziert und auch mal gespielt werden darf. Die Lehrerin weiß um ihre Verantwortung, etliche der Kinder, auf den Übertritt ans Gymnasium vorzubereiten. Bücher und Noten gibt es keine.

Es gibt keine Noten

Für Oskar Seitz, Professor an der EWF in Nürnberg und wissenschaftlicher und ideeller Begleiter des Modells, sind das Vorteile. „Wir sind der Meinung, dass Noten die Leistungsbereitschaft von Schülern vergiften, sie diskriminieren

manche Schüler eher.“ Als ehemaliger Grund- und Hauptschullehrer kennt er die Praxis, Leistungsnachweise werden in anderer Form erbracht. „Wir werden zwei, drei Mal im Jahr den Eltern einen Lernentwicklungsbericht geben, in denen dezidiert über den momentanen Leistungsstand des Schülers berichtet wird.

Engagierte Eltern sind die Voraussetzung, damit das Konzept funktioniert. Nicht nur in Zusammenarbeit mit den Lehrern, wenn gemeinsam überlegt wird, wie Schwächen gefördert werden können. „Jenaplanschule ist auch eine Elternschule“, findet Seitz, der sich eine gute Schule niemals vorstellen kann, ohne die Eltern einzubinden und hier viel Potenzial ungenutzt sieht.

185 Euro Schulgeld

„Wir versuchen von Anfang an, Elternarbeit zu integrieren bis in den Unterricht hinein – bis zu bestimmten Grenzen.“ Daneben müssen die Eltern monatlich 185 Euro für die Privatschule bezahlen, wenn sie die Ganztagsbetreuung haben wollen, kommen nochmals etwa 50 Euro drauf. Seitz sieht dadurch noch eine soziale Auslese der Schüler, er hofft darauf, dass irgendwann Kinder aller Schichten kommen.

Die ersten zwei Jahre unterstützt der Freistaat die Jenaplan-Schule mit 75 Prozent Personalkosten, danach sollen es 100 Prozent werden, doch die Unterrichtsmittel müssen privat finanziert werden, genauso die Miete für die Schulräume an die Stadt. *Sabine Göb*

Berichtigung:

Der in der Oktoberausgabe von VLB-akzente veröffentlichte Beitrag „Von der Sonntagsschule zur gegliederten Fortbildungsschule“ enthält eine unvollständige Literaturangabe. Diese muss wie folgt ergänzt werden:

König, Karlheinz: Zur Geschichte der Berufsausbildung im Deutschland des 19. Jhs. In: Liedtke, Max (Hrsg.): Berufliche Bildung – Geschichte, Gegenwart, Zu-

kunft. Bad Heilbrunn 1997, S. 177-254. Zum Thema daraus: S. 185f. und S. 195-208.

König, Karlheinz: Zur Geschichte der Berufsschule. Von den Anfängen bis zur gewerblichen Pflichtfortbildungsschule (Erlanger Beiträge zur Berufspädagogik/ Typoskriptreihe, Bd. 1). Erlangen 1976

König, Karlheinz: Geschichte des dualen Berufsausbildungssystems. Teil 1: Zur Reform der Lehrlingsausbildung im Handwerk von den Anfängen bis zum Jahre 1806

(Darmstädter Beiträge zur Berufspädagogik, Bd. 9). Alsbach/Bergstr. 1985

König, Karlheinz: Rahmenbedingungen und Praxis des Unterrichts an den Sonn- und Feiertagsschule in der Residenzstadt München und auf dem Lande. In: Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. II: Geschichte der Schulen in Bayern von 1800 bis 1918. Bad Heilbrunn/Obb. 1993, 282-394.

Die Redaktion bittet um Nachsicht für die Unvollständigkeit.

**Schreiben des VLB an die
Bayerische Staatskanzlei
Herrn Staatsminister Erwin Huber
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München**

Das gleiche Schreiben ging an das

**Bayerische Staatsministerium
für Unterricht und Kultus,
Frau Staatsministerin
Monika Hohlmeier
80327 München,
21. Oktober 2003**

*Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber,
wie aus der Tagespresse zu entnehmen ist, wird das Thema Verwaltungsreform ein wesentliches Ziel Ihrer Regierungsarbeit in der kommenden Legislaturperiode sein.*

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) erlaubt sich in diesem Zusammenhang auf das Thema Schulaufsicht an beruflichen Schulen hinzuweisen. Bisher besteht eine geteilte Schulaufsicht – Berufsschule/Berufsfachschule durch die Bezirksregierung, weiterführende Schulen großteils durch Ministerialbeauftragte bzw. durch das Kultusministerium direkt.

Dieser Zustand ist aufgrund eines modernen Schulentwicklungskonzeptes nicht weiter tragbar, weil er ständig zu Kompetenzüberschneidungen und damit zu Missverständnissen führt.

Wir bitten Sie, im Rahmen der angedachten Verwaltungsreform sich dieses Themas anzunehmen und sich für eine einheitliche Schulaufsicht/Schulbetreuung/Schulevaluation auch an den beruflichen Schulen zu entscheiden. Diese kann nach unserer langjährigen Beobachtung und Erfahrung am sinnvollsten in Form des Einsatzes von Ministerialbeauftragten geschehen.

*Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, Landesvorsitzender*

Verwaltungsreform

**Schreiben des VLB an das
Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Herrn Ministerialdirigent
Hans Wilhelm Thomé, Abt. VII
80327 München,
21. Oktober 2003**

Sehr geehrter Herr Thomé,

der AK-Lehrerbildung im VLB hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Thema „Sondermaßnahmen zur Lehrgewinnung für berufliche Schulen“ beschäftigt. Dabei wurden Eckpunkte erarbeitet, die ich Ihnen m.d.B. um Kenntnisnahme und gegebenenfalls Berücksichtigung bei weiteren evtl. geplanten Maßnahmen zusende.

*Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein Landesvorsitzender*

Vorbereitungsdienst

Anlage zum Schreiben an Mdg. Thomé

Konzept für die Nachqualifizierung der Sondermaßnahmen im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen

Sondermaßnahmen sind für den VLB nur unter folgenden Bedingungen akzeptabel:

I. Zulassungsvoraussetzungen

- *Eine Direkteinstellung in den Schuldienst (Trainee-Maßnahme) wird abgelehnt.*
- *Eine Übernahme erfolgt immer in den Vorbereitungsdienst.*
- *Als Bewerber kommen nur Diplomhaber mit einem Universitätsdiplom in Frage.*
- *Die Übernahme ist neben anderen Voraussetzungen auch an ein positives Ergebnis bei einem Vorstellungsgespräch am Studienseminar gebunden.*
- *Die Lehrbefähigung erstreckt sich in der Regel auf die berufliche Fachrichtung und auf ein zu ihr weitgehend affines Unterrichtsfach. Die entsprechenden Fachkenntnisse*

sind im Rahmen der Zulassung zum Vorbereitungsdienst nachzuweisen (z.B. durch ein Kolloquium).

II. Durchführung

- *Die Teilnehmer der Sondermaßnahme werden innerhalb des Referendariats durch ein Zusatzprogramm nachqualifiziert.*
- *Verantwortlich für Inhalt und Organisation sind die Studienseminare. Das Zusatzprogramm konzentriert sich auf das erste Halbjahr des ersten Ausbildungsabschnittes und schließt auch unterrichtsfreie Dienstzeiten mit ein.*
- *Das Zusatzprogramm umfasst 20 zusätzliche Seminartage mit je 5 Zeitstunden.*
- *Das Zusatzprogramm wird geblockt oder an einzelnen Seminartagen angeboten.*

III. Inhalt

- *Als Grundlage für die Nachqualifizierung dienen die Teilbereiche „Allgemeine Pädagogik“ und „Schulpädagogik“ und „Psychologie“ mit den im § 36 der LPOI aufgeführten Inhalten unter berufspädagogischer Perspektive.
München, September 2003*

Umsetzung von theoretischen Seminarinhalten in den Unterrichtsalltag:

Moderner Unterricht – ein Praxisbeispiel

THOMAS BARMETLER

Theorie – Die Grundlage der Praxis?

„Wenn alles pennt und einer spricht, dann nennt man dieses Unterricht!“

Welche Lehrkraft hat diesen Spruch nicht schon gehört, und sich dann gleich verteidigt: „Aber nicht bei mir! Mein Unterricht ist interessant, abwechslungsreich, motivierend, fesselnd, aktuell, ... einfach modern.“

Doch ist es das was der Schüler wirklich will? Oder ist es nur das, was wir als unser Anliegen auf den Schüler projizieren? Was soll mit modernem Unterricht denn erreicht werden? Was macht überhaupt modernen Unterricht aus?

Eines sollte allen Lehrerinnen und Lehrern klar sein: das Ziel einer jeden Unterrichtseinheit ist es, dass der Schüler den Raum nach 45 Minuten mit mehr Kompetenzen verlässt, als er ihn zu Beginn betreten hat. Dabei muss der Zuwachs nicht zwangsläufig bei der Fachkompetenz stattfinden. Gerade in der heutigen Zeit sind die Aus- und Weiterentwicklung der Sozial-, Lern- und Methodenkompetenz mindestens genauso wichtig. Nur wenn der Schüler alle vier Kompetenzen gleichmäßig entwickelt, kann er eine berufliche Handlungskompetenz erlangen.

Steht die Lehrkraft (wie ich es noch aus meiner Berufsschulzeit kenne) einfach nur vor der Klasse um ihr die Inhalte zu erzählen, so kann dadurch zwar eventuell die Fachkompetenz gesteigert werden, aber wie soll in einem solchen Lernklima die Sozialkompetenz der Schüler reifen? Außerdem sehen sie ihre Lehrkraft stets nur als „Einzelkämpfer“ vor ihnen stehen. Wie sollen sie da die Vorteile von Teambildung und Teamarbeit kennen lernen? Sieht so die Vorbildfunktion von Lehrkräften aus?

Ich meine: „Nein!“. Es ist auch für uns als Lehrende viel spannender ein neues Thema im Team aufzuarbeiten. Und wenn wir dann noch die Verästelungen dieses Inhaltes in verschiedene Bereiche wie Theorie, Rechnen, Praxis, Umweltschutz, Recht, Personalführung, soziale Auswirkungen, etc. den Schülerinnen und Schülern näher bringen, dann werden auch sie zu fesseln sein. Meist reicht eine einzelne 45 Minuten Stunde dafür dann gar nicht aus, so dass eine enge Zusammenarbeit mit den Kollegen schon aus organisatorischen Gründen nötig ist. Und durch den Einsatz variantenreicher Methoden kann man auch das Zielpublikum für ein längeres und/oder theoretisches Thema begeistern.

Bei der Wahl geeigneter Methoden gibt es sicherlich persönliche Vorlieben. Zwei Punkte müssen dabei jedoch stets im Mittelpunkt stehen: der Lerninhalt und der Lernende. Alle Bestrebungen laufen schließlich darauf hinaus diese zwei Elemente möglichst eng miteinander in Verbindung zu bringen. Und genau das ist mit einem Lehrervortrag nicht möglich (ganz abgesehen davon: welche qualifizierte Lehrkraft hat es schon nötig vor der Klasse zu stehen, und ihr durch einen Vortrag seine eigene Fachkompetenz vor Augen zu führen?).

Symbolisiert der Tisch des Lehrers bereits eine optische Trennung vom Wissenden und den unwissenden Personen im Klassenraum, so wird dies durch das Gegenüberstehen noch verstärkt. Es entsteht der Eindruck zweier Mannschaften, die sich in einem – im Optimalfall sportlich-fairen – Wettkampf gegenüberstehen und gegeneinander spielen. Unser Anliegen ist aber kein Gegeneinander sondern das Miteinander. Der Schüler bekommt die Chance sich seinen Lerninhalt aktiv mit dem ihm eigenen Lerntempo zu erarbeiten, während ihn der Leh-

rende dabei bei Bedarf unterstützt. In der Konsequenz muss sich der Lehrer im Unterricht natürlich zurücknehmen. Seine Aufgabe besteht nicht mehr in der direkten Wissensvermittlung, sondern konzentriert sich viel mehr als bislang gewohnt auf die schülergerechte Aufarbeitung eines Lerninhaltes vor der Stunde. Das Ergebnis dieser Vorbereitung müssen Unterlagen sein, die es dem Schüler ermöglichen, sich selbständig in das Thema einzuarbeiten. Da jeder Schüler ein sehr individuelles Lerntempo hat, darf es in der Klasse nur sehr wenige gemeinsame Lernzielkontrollen geben. Diese müssen vielmehr in die Unterlagen eingearbeitet sein. Die Ergebnisse dieser Kontrollen müssen von den Schülern selbst überprüfbar sein, so dass sie bereits frühzeitig ein Feedback über ihren eigenen Leistungsstand erhalten.

Des weiteren gilt es den unterschiedlichen Leistungsgraden der Schüler gerecht zu werden. Eine Möglichkeit sind erweiterte Aufgaben, die auch deutlich als solche gekennzeichnet werden. Diese werden nur von leistungsstarken Schülern bearbeitet, wodurch sie in einem stärkeren Maß gefordert werden als mit den Standardaufgaben. Eine andere Art des Leistungsausgleichs ist das Tutorenprinzip. An geeigneter Stelle baut man in die Lernunterlagen eine Aufforderung ein, dass sich die Schüler umsehen sollen, ob sie einem Mitschüler weiterhelfen können. Meine Erfahrung zeigt, dass diese für den Lernenden zunächst ungewöhnliche Aufgabe bei häufigerem Einsatz gerne angenommen wird. Es profitieren schließlich auch alle Beteiligten davon. Der Lehrer ist entlastet und kann sich um besondere Fragen kümmern, der leistungsstarke Schüler kann den Lerninhalt wiederholen und vertiefen, während der leistungsschwächere Schüler eine Hilfestellung beim Erarbeiten der Fachkompetenz erhält.

Der Einsatz des Tutorenprinzips bringt außerdem unweigerlich die Ausbildung von Sozialkompetenz mit sich und fördert die Gruppen- oder Teamarbeit. Damit wurden neben der Fachkompetenz bereits zwei weitere

wichtige Kompetenzen vermittelt. Wie kann man den Schülern nun auch noch die Lernkompetenz näher bringen?

Wie oben bereits erläutert, soll sich der Schüler das neue Wissen selbst erarbeiten. Damit ist aber bereits ein Grundstein zum Lernen gelegt. Er erfährt, wie er sich neue Inhalte mit den gegebenen Mitteln selbst näher bringt. Leider schränkt man die Schüler genau an dieser Stelle jedoch viel zu sehr ein. Sie erhalten einen Leittext und müssen diesen durcharbeiten, sie werden auf das Fachbuch verwiesen und sollen sich einlesen, ihnen wird eine Internetadresse genannt und sie sollen sich die Webseiten ansehen, ...

Warum kann der Schüler nicht selbst entscheiden, welchen Weg er wählt? Bekommt er nur eine Aufgabenstellung und man überlässt es ihm mit welchen Medien er sich die Lösung erarbeitet, so wird er sich auch im beruflichen Alltag bei der Erarbeitung neuer Inhalte viel leichter tun. Schließlich kennt er bereits aus der Berufsschule das notwendige Vorgehen. Um das kritische Element „Zeit“ in Form der 45 Minuten pro Unterrichtsstunde etwas zu entzerren, können dem Schüler wenigstens mehrere Wege zur Bearbeitung angeboten werden.

Nur um jetzt kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Ich bin kein Gegner des herkömmlichen, klassischen, lehrerzentrierten Unterrichts! Dieser ist bei einigen Themen unabdingbar und gehört einfach zum grundlegenden Handwerkszeug einer jeden Lehrkraft. Auch beim Einsatz moderner Unterrichtsmethoden ist es wichtig diese Grundlagen zu beherrschen.

Und wer meint, dass er die Inhalte nun selbst nicht mehr so tief durchdringen muss, weil sich die Schüler das Wissen sowieso selbst aneignen, wird schnell Schiffbruch erleiden. Gerade die Vorbereitung des Selbstlernmaterials erfordert eine sehr detaillierte Kenntnis der Inhalte. Die Zeit des aktiven Handelns verschiebt sich für den Lehrer nur vom eigentlichen Unterricht in die Vorbereitungszeit.

Ich würde mir wünschen, dass sich der eingangs erwähnte Spruch langsam aus den Köpfen verdrängen lässt,

und statt dessen folgender Leitspruch etabliert wird:

„Der Schüler handelt, der Lehrer moderiert, und jeder davon profitiert.“

Von der Theorie zur Praxis

Die oben stehenden Ansätze entstammen nicht nur der grauen Theorie. Ich habe mich bemüht diese in mehreren Unterrichtsstunden umzusetzen, zu modifizieren und erneut zu testen. Nachfolgend möchte ich kurz eine Stunde zu einem zunächst sehr theoretisch klingenden Thema skizzieren.

Es handelt sich dabei um „Grafikdateien im Hex-Code“ für die Fachinformatiker-Systemintegration, bzw. für Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker. Die vollständigen Unterlagen dieser Unterrichtseinheit finden Sie im Internet unter www.barmetler.de/vlb/index.html zum herunterladen.

Einstieg

Dieser soll die Schüler in die Aufgabenstellung einbinden, und sie motivieren eine Lösung zu finden. Deshalb werden die Schüler in einer kleinen Story in die Rolle eines Auszubildenden versetzt, deren Chef Probleme beim Öffnen einer Grafikdatei hat. Er bittet seinen Auszubildenden als zukünftigen IT-Spezialisten um Hilfe.

Erarbeitung und Anwendung

Die Lösungsfindung ist in zwei Teile untergliedert. Zunächst erhalten die Schüler einen Arbeitsauftrag, der sie vertiefend an die Aufgabenstellung heranführt. Sie bekommen den Code der Grafikdatei im Hex-Format zu sehen, und sollen anhand vorgegebener Informationen einige Daten (Signatur, Breite und Höhe der Grafik) über die Datei herausfinden.

Stehen für diese Lerneinheit mehr als 45 Minuten zur Verfügung, so sollte im zweiten Teil der Lösungsfindung zunächst eine Recherche (z. B. Fachbücher, Internet, Leittext, ...) stehen. Die Schüler sollen Informationen zum detaillierteren Aufbau einer Grafik im BMP-Format suchen, und dann auch auf den vorliegenden Code anwenden. Das selbständige Suchen, Auswerten und Anwenden neuer Informationen

fördert die Lernkompetenz der Schüler. Sie nehmen für zukünftige Aufgaben die Erkenntnis mit, dass sie in der Lage sind sich selbst neues Wissen anzueignen.

Da ich meine Stunde auf 45 Minuten ausgelegt habe, fehlt diese selbständige Recherche. Statt dessen erarbeiten sich die Schüler in Kleingruppen mit etwa drei Personen (→ Förderung der Teamkompetenz) den Aufbau von Grafikdateien im BMP-Format anhand einer vorbereiteten PowerPoint Präsentation.

Dabei durchlaufen sie mehrmals einen Lern-Regelkreis (vgl. Abbildungen 1–4). Zunächst werden sie an einen neuen Teil der Spezifikation herangeführt. Anschließend wird ihnen exemplarisch die Anwendung dieses Wissens gezeigt, worauf sie das neue Wissen selbständig auf den vorliegenden Code anwenden sollen. Dabei haben sie die Wahl des für

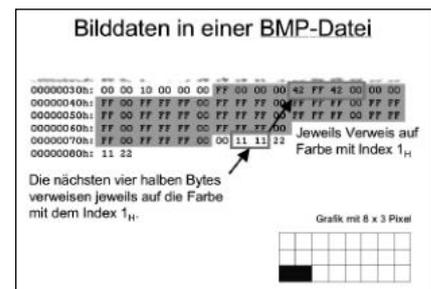


Abbildung 1

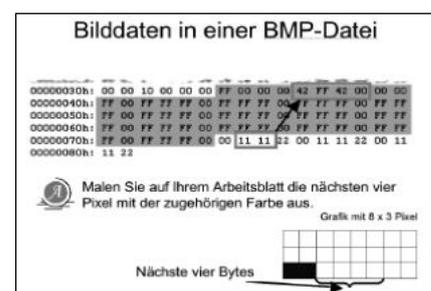


Abbildung 2



Abbildung 3

sie geeigneten Mediums. Entweder sie benutzen den vorliegenden Ausdruck, oder sie arbeiten mit dem bereitgestellten Hex-Editor. Im Verlauf der nächsten ein oder zwei Folien erscheint die Lösung nicht explizit, sondern implizit. Das bedeutet, dass es keine Folie zur reinen Lösungspräsentation gibt, sondern diese bereits in den nächsten Informationen integriert ist. Die innere Differenzierung wird bei meiner Stunde durch das Tutorprinzip erreicht. Ist eine Gruppe also vor den anderen fertig, so teilt sie sich auf, und jedes Gruppenmitglied schließt sich einer lernschwächeren Gruppe an um diese zu unterstützen. So erhalten die Schüler die Möglichkeit ihre Sozialkompetenz auszubauen.

Lernzielkontrolle

Um mit der abschließenden Lernzielkontrolle auch unterschiedliche Lernertypen erreichen zu können, werden abwechselnde Aufgabenformen gewählt. Eine offene Frage, ein Lückentext, eine Zuordnung mittels Pfeilen und das Ordnen einer Liste durch Nummerierung. Ganz zum Schluss wird mit den Schülern noch ein „Schiebepuzzle“ durchgeführt, bei welchem der Code, mit dem sie die ganze Stunde gearbeitet haben, in neun Teile aufgeteilt wurde. Eins der Teile wurde durch ein Leerfeld ersetzt. Dieses Leerfeld wird mehrmals mit Hilfe eines Zufallsgenerators mit je einem benachbarten Bildteil vertauscht. Die Schüler müssen dieses Bild wieder in den Ausgangszugstand bringen.

Bei den gesamten schüleraktiven Elementen der Stunde wurde das Bild nicht nur mit einem Videobeamer an die Wand, sondern auf ein Smartboard projiziert. Dies ist ein interaktives Whiteboard, welches sowohl die Steuerung von Programmen oder einer Präsentation an der Projektionsfläche ermöglicht, als auch darauf geschriebene oder gezeichnete Notizen und Zeichnungen in eine bereits vorhandene Präsentation einblendet. Dass dieses neue Medium bei den Schülern sehr gut ankommt, zeigt die große positive Resonanz, und die hohe Schüleraktivität, welche oft auch nach der Stunde noch anhält. <

Ein Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsqualität:

Verkaufen mit allen Sinnen

GÜNTHER NUSSSTEIN

„Unsere Sinne sind unsere Tore zur Welt.“ – so stand es in der Ausschreibung einer regionalen Lehrerfortbildung in der Oberpfalz. In Zusammenarbeit mit der Regierung der Oberpfalz – Karl-Heinz Kirchberger und Rosina Pimmer – führte der Referent

Günther Nußstein vom Beruflichen Schulzentrum Matthäus Runtinger eine Fortbildung durch, in der die „Sinnlichkeit“ beim Verkauf im Mittelpunkt stand. In der Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte in Verkäufer- bzw. Einzelhandelsklassen war Handlungsorientierung angesagt, d. h. die Teilnehmer mussten bzw. durften alles selbst erfahren und erleben, was es heißt, mit allen Sinnen zu verkaufen.

Nach der Begrüßung durch den Hausherrn Josef Bezold und dem Leiter der Abteilung Einzelhandel Konrad Danner, forderte Nußstein zum Einstieg die Teilnehmer auf, über die aktuelle Stellung des Kunden nachzudenken. Schnell stellte sich in der regen Diskussion heraus, dass die immer noch weit verbreitete These „Der Kunde ist König“ für manchen Teilnehmer nicht mehr uneingeschränkt zutrifft. Kunden können heute auch „Partner“ oder „Gast“ sein, auf alle Fälle ist der Kunde der „Arbeitgeber“ unserer Schüler – ein Gedanke, den

unsere Schüler möglichst bald in ihrer Ausbildung verinnerlichen sollten – so die einhellige Meinung der Lehrkräfte.

Sehen, hören, schmecken, tasten und riechen war die Devise der Veranstaltung. Welche Duftnote verbirgt sich hinter dem Geruch? Wie kann ich als Verkäufer den Geruchssinn des Kunden im Verkaufsgespräch ansprechen? Das waren nur zwei Fragen, die zu beantworten waren. Mit Hilfe mehrerer Geruchs Dosen konnten die Lehrkräfte selbst prüfen, wie sensibel ihre Nase auf verschiedenste Düfte reagiert.

Wie können beim Verkauf eines Apfels alle menschlichen Sinne angesprochen werden? Der wohlriechende Duft, das rotbackige Äußere, die glatte Oberfläche, der Geschmack auf der Zunge und das Knacken beim lustvollen Hineinbeißen in den Apfel – schnell konnten die fünf Sinne bei diesem Beispiel aus dem Lebensmittelpbereich entschlüsselt werden.

Beim Hörsinn mussten die Lehrkräfte Alltagsgeräusche erkennen und zuordnen – eine Übung, die sicher auch den Schülern Spass macht. Anhand eines Videoausschnitts wurde dann demonstriert, dass sog. „Sound-Designer“ bei der Entwicklung von Produkten, z. B. bei Staubsaugern und Motorädern, das Ohr des Kunden schon lange im Visier haben.

Bei einer spannenden Übung konnten die Teilnehmer die Sensibilität ihres Tastsinns am eigenen Leib



überprüfen. Insgesamt stellte der Referent – selbst gelernter Verkäufer – zahlreiche interessante und leicht umsetzbare Bausteine für den Warenverkaufskunde-Unterricht vor. Er gab den Teilnehmern und damit natürlich auch den Schülern ein mögliches Konzept an die Hand, mit dem Warenpräsentationen bzw. Verkaufsgespräche in Klassen den Einzelhandels strukturiert und beurteilt werden können.

Zum Abschluss regte der Referent alle teilnehmenden Lehrkräfte noch zu einer Ideenbörse an; jeder Teilnehmer konnte kurz vorstellen, was an seiner Schule im Fach Warenverkaufskunde besonders gut und erfolgreich unterrichtet wird. So kamen in kurzer Zeit einige sehr überzeugende und in der Praxis bereits bewährte Unterrichtsvorschläge auf den Tisch – auch so konnten alle Anwesenden von der Fortbildung zusätzlich profitieren. Die Rückmeldungen seitens der Teilnehmer machten nicht nur dem Referenten Günther Nußstein Mut, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen, denn gerade im Fach Warenverkaufskunde – wo unsere Schüler im Einzelhandel ihre praktischen Erfahrungen, Interessen, Kenntnisse und damit auch ihre ganz persönlichen Stärken in die Waagschale werfen können – sollten wir als Lehrkräfte besonders praxis- und damit handlungsorientiert unterrichten, um so eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Unsere Schüler und auch ihre Ausbildungsbetriebe werden es uns ganz bestimmt danken.

Die Fortbildung „Verkaufen mit allen Sinnen“ war dazu ein erster gelungener Beitrag. <

Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB):

Startschuss für 26 europäische Projekte im Programm LEONARDO DA VINCI

Die EU-Kommission fördert europäische Berufsbildungsprojekte mit über 10 Mio Euro

Am 1. Oktober beginnen 26 europäische Berufsbildungsprojekte im Programm LEONARDO DA VINCI mit ihrer Arbeit. Die Nationale Agentur beim BIBB schloss am 22.09.2003 in Köln mit den Vertretern aus dem Bereich der Berufsbildung Verträge ab, die wichtige innovative Impulse für die Berufsbildungspolitik und -praxis in Europa erzielen werden.

„Was wir uns bei der Verabschiedung von Leonardo da Vinci II im Jahr 2000 vorgenommen haben, nämlich die termingerechte Unterzeichnung und Finanzierung von Projekten, ist Realität geworden“, so begrüßte Frau Burger, Referatsleiterin beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Vertragspartner und Gäste. Herr Gesslbauer von der Europäischen Kommission lobte alle Projekte unter deutscher Leitung, die die europäische Bildungspolitik und ihre Schwerpunkte weiterbringen. Der frische Wind kommt aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften, Berufsschulen und Bildungseinrichtungen. Sie sind wichtige Motoren, die gemeinsam mit ihren Partnern die Berufsbildung in Europa antreiben.

Schwerpunkte der Projekte sind:

- Transparenz und Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse und Qualifikationen
- Lebenslanges Lernen
- Neue Wege der Beruf- und Bildungsberatung

Kriterien für die Auswahl der Projekte waren u. a. die europäische Dimension, der Innovationsgehalt, die Verankerung in der berufsbildungspolitischen Diskussion, die Relevanz der

Produkte und die guten Verbreitungschancen der Ergebnisse unter die Zielgruppen.

Bildmaterial steht unter „Presse, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit“ bei www.na-bibb.de zur Verfügung.

Die Liste der Projekte für 2003 ist zu finden unter: www.na-bibb.de/leonardo/projekte

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Isabelle Bonnaire, Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim BIBB

Tel.: +49-228-1071612,

Fax: +49-228-1072964

E-Mail: bonnaire@bibb.de

Homepage: www.na-bibb.de

LEONARDO DA VINCI

fördert die europäische Kooperation in der Berufsbildung durch grenzüberschreitende Austausch- und Vermittlungsprojekte (Mobilität) sowie durch europäische Modellversuche („Pilotprojekte“). Das Programm hat eine Laufzeit von 2000 bis 2006 und ist mit einem Gesamtbudget von 1,15 Mrd. Euro ausgestattet.

Die NA beim BIBB ist im Auftrag des BMBF für die Durchführung des Programms in Deutschland verantwortlich. Seit 2000 gelangten 123 Pilotprojekte unter deutscher Federführung und Koordination in die Förderung. Der Gesamtzuschuss der EU zu diesen Projekten betrug bisher rund 47 Mio. Euro.

Kostenloses Angebot für Berufliche Schulen:

Unterrichtsmaterial über den ökologischen Landbau

STINE KRETZSCHMAR,
HARTMUT KOCH, JOHANNES MÜNCH

Im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau wurden Informationsmaterialien über den ökologischen Landbau (Landwirtschaft einschl. Wein-, Obst- und Gemüsebau) und die Verarbeitung ökologischer Erzeugnisse im Bereich des Ernährungshandwerks und der Ernährungswirtschaft erstellt. Diese Materialien sollen im Unterricht der einschlägigen Berufs- und Fachschulen sowie in der Weiterbildung eingesetzt werden. Zielgruppe sind daher Auszubildende sowie Ausbilder und Berater aus den genannten Bereichen. Die Erstellung der Materialien erfolgte nach dem Grundsatz „von der Schule für die Schule“. Die Konzeption und Autorenschaft haben erfahrene Lehrerinnen und Lehrer sowie „Praktiker“ übernommen.

Unterrichtsinhalte

Das umfassende Angebot an Informationsmaterial für den Unterricht deckt die ausgewählten Fachrichtungen des beruflichen Schulwesens mit den folgenden Themenbereichen ab:

- Fruchtsafttechnik
Von der Bio-Frucht zum Bio-Saft
- Brauer, Mälzer
Ökologisch Brauen – wie geht das?
- Fleischerhandwerk
Wurst- und Fleischwaren sind nur so gut wie das Ausgangsmaterial
- Molkereiwesen
Wie wird Bio-Milch produziert?
- Fachverkäufer Einzelhandel
Was ist im Umgang mit Bio-Produkten zu beachten?
- Hauswirtschaft und Ernährung
Beschaffung und Zubereitung von Öko-Lebensmitteln
- Berufsschule Gartenbau
Ökologische Produktion im Gartenbau – wie geht das?



- Fachschule Gartenbau
Wie wirtschaften erfolgreiche Öko-Gartenbaubetriebe?
- Fachschule Obstbau
Produktion von Öko-Obst – was ist zu beachten?
- Berufsschule Landwirtschaft
Ökologische Landwirtschaft – gewusst wie!
- Fachschule Landwirtschaft
Umstellung auf ökologische Landwirtschaft – lohnt sich das?
- Berufsschule Weinbau
Der Weinberg als Ökosystem – Grundlagen des ökologischen Weinbaus
- Fachschule Weinbau
Richtig kalkuliert – was ist bei der Umstellung auf Öko-Weinbau zu beachten?

Materialien

Die Informationsmaterialien sind als methodisch-didaktische Hinweise, Präsentationen, Informationsmaterial, Arbeitsblätter, Foliensammlungen und Lösungen zu den Arbeitsblättern den einzelnen Themenschwerpunk-

ten. Dabei steht eine große Vielfalt an Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Die Schüler haben zusätzlich die Möglichkeit, Informationsmaterialien über das Internet herunterzuladen oder sich interaktiv über Lernwebs in die jeweiligen Themen einzuarbeiten.

Schulordner mit CD-ROMs

Im Dezember 2003 erhalten alle Schulen der Bereiche Landwirtschaft bzw. Ernährungshandwerk/Ernährungswirtschaft unentgeltlich einen Ordner sowie je eine CD-ROM aus den Materialien der für Sie wichtigen Teilbereiche. Ein Bestellschein für diesen Ordner kann auf der Internet-Seite des VLB Bayern downgeloadet werden.

Internetangebot

Um bei diesem umfangreichen Angebot den Überblick zu behalten, sind die Dokumente im zugehörigen Ökoportal primär nach Zielgruppen geordnet. Zusätzlich kann in jedem Teilbereich der Landwirtschaft oder Ernährung nach Materialtypen gesucht werden.

Flexibilität

Alle Materialien werden als pdf-Dateien in das Internetportal eingestellt. Diese können unmittelbar im Unterricht eingesetzt werden. Um die Unterrichtsmaterialien individuell zu gestalten oder zu erweitern, können die Text- oder Grafikelemente aus den Dateien herauskopiert und z. B. in ein neues, eigenes Office-Dokument eingefügt werden.

Bestellung

Die Bestellung des Schulordners und die Anforderung weiterführender Informationen kann ab sofort beim aid infodienst Bonn unter m.heil@aid-mail.de per Mail oder per Fax unter 0228-8499-2150 erfolgen. Ab Januar 2004 können die Materialien auch im Ökoportal <http://schule.oekolandbau.de> abgerufen werden. <

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs:

„Antrittsvorlesung bei den Kaufleuten“



MARTIN RUF

Lag es nur an der räumlichen Nähe zur beruflichen Schule Matthäus Runtinger oder ist es schon Tradition, dass die Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs im VLB immer wieder in den Räumlichkeiten von Sparkassen stattfindet? Beides trifft sicherlich für die Veranstaltung am 18. Oktober in Regensburg zu. Über 250 Vlbler fanden den Weg trotz eines wunderschönen Herbsttages zur Vormittagsveranstaltung in die Räume der Sparkassenzentrale sowie zu den Workshops am Nachmittag in die Berufsschule.

Qualitätssicherung in der kaufmännischen Bildung und fehlende Ausbildungsplätze für kaufmännisch-verwaltende Berufe

- Ist die kaufmännische Ausbildung und Bildung weiterhin ein entscheidender Standortfaktor für unsere Unternehmen?
- Muss die kaufmännische Bildung mit der Ausbildung „auf Vorrat“ in Vollzeitschulen eine wichtige Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland leisten, da die Wirtschaft nicht mehr ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt?
- Welche Ausbildungsprofile müssen Wirtschaftspädagogen an der Uni-

versität erhalten, um den Ansprüchen unserer modernen Arbeitswelt und einer immer schwierigeren Schülerklientel gerecht zu werden?

Dies waren die Themen, denen sich die Diplom-Handelslehrer auf ihrer Fachbereichstagung stellten.

Begrüßung

Mit Kaffee und Kuchen wurden die z. T. weit angereisten KollegenInnen begrüßt, bevor der stellvertretende Landesvorsitzende und Leiter des Fachbereichs Wirtschaft und Verwaltung Armin Ulbrich in seiner Eröffnungsrede die o. a. Punkte als Rahmenthema für die Veranstaltung umriss. Einen zusätzlichen Aspekt ergänzte Ulbrich noch, indem er feststellte, dass die duale kaufmännische Ausbildung seit 1975 von 75 % auf inzwischen 62 % im



Der Leiter des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs im VLB, Armin Ulbrich, freut sich über das große Interesse an der Fachtagung.

Jahr 2002 gesunken ist – eine Entwicklung, in der der Staat nun verstärkt gefordert ist, den nicht zum Zuge gekommenen Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung zu ermöglichen. Berufsfachschulen zu gründen, die Klassenzahl in Wirtschaftsschulen zu erhöhen und die Lehrerversorgung an den FOS/BOSeN zu verbessern, sind kurz-



Er steht voll zu seinen beruflichen Schulen: Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

fristig wirkende Mittel, um den aktuellen Engpass zu bewältigen. Dies reicht aber nach Auffassung des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen nicht aus für reelle Zukunftslösungen. Es müssen neue berufliche Schularten und Schulprofile in Zusammenarbeit mit den Ministerien für Kultus und Wirtschaft geschaffen werden, die bei zunehmendem Mangel an Ausbildungsplätzen nicht nur „Verwahranstalten“ sein dürfen. Inwieweit die sehr erfolgreichen Handelsakademien in Österreich dafür ein Modell sein könnten, wird sich in der weiteren Diskussion zeigen. Jedenfalls ist den Absolventen dieser Lehranstalten der Erfolg in der Wirtschaft garantiert und der Zugang zu den Hochschulen differenziert ermöglicht.

Anschließend zeigte sich Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger sehr erfreut, dass diese Veranstaltung im Rahmen der 100-Jahrfeiern der beruflichen Schulen Regensburg vom innovativen Schulzentrum Matthäus Runtinger mit ausgerichtet wurde. Treffend formulierte er weiter, dass der beruflichen Bildung heute mehr denn je an Bedeutung zukomme, da es eben nicht nur darauf ankomme, berufliche Kompetenzen zu vermitteln. „All business is people business“ oder auch „good business is good people“ sagen die Amerikaner, d. h. hinter einem guten Geschäft stehen gute Leute. Diese Erkenntnis sei zwar nicht neu, so Schaidinger, zeige aber sehr deutlich, dass es neben einer fundierten fachlichen Aus-

bildung heute mehr denn je auch auf soziale Kompetenzen ankomme, wenn sich auf Dauer unternehmerischer Erfolg einstellen soll. Ganz abgesehen davon, dass sich dadurch eine Gesellschaft weiterentwickeln wird. „Reine Betriebsinteressen müssen – so meine ich – gegenüber dieser übergeordneten Aufgabe der Berufsausbildung auch in Zukunft zurückstehen.“ Eine Aussage, die wir als Lehrkräfte an beruflichen Schulen voll unterstützen können. Besonderer Dank gilt ihm auch dafür, dass er seine Rede nicht nur auf die Problematik der kommunalen Finanzen in Hinblick auf die Schulfinanzierung reduziert, sondern besonderes Augenmerk auf den Bildungsauftrag seiner beruflichen Schulen in Regensburg gelegt hat.

Hauptreferat

Wirtschaftspädagogen (Diplom-Handelslehrer) sind die Profis für einen qualitativ hochwertigen kaufmännischen Unterricht an Bayerns beruflichen Schulen. Sie sind wirtschaftswissenschaftlich objektiv und müssen außerdem eine verantwortungsbewusste ethische Wertbindung haben. Gerade im Zeitalter der überaus rationell ausgerichteten Informations- und Wissensgesellschaft ist das wichtig. Wirtschaftspädagogen sind demnach verantwortungsvolle Mittler zwischen den Wirtschaftswissenschaften und dem Schüler in unserer sozialen Marktwirtschaft.

Unter dieser Prämisse hielt Professor Dr. Josef Aff, der neue Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung an der Uni Erlangen-Nürnberg, seine ‚Antrittsvorlesung‘ bei den VLBlern. Er referierte zum Thema: „Der Wirtschaftspädagoge zwischen ökonomischer Rationalität und pädagogischer Verantwortung.“

Leitgedanke seiner Ausführungen, so Aff, sei das folgende Zitat von Selten: „Das Bild des Homo oeconomicus muss sehr stark reformiert werden. Der wirtschaftlich Handelnde hat, anders als man bisher annahm, nicht nur seine materielle Wohlfahrt im Blick, sondern er ist zu erheblichen Teilen interaktiv motiviert und lässt sich von unlogischen Überlegungen leiten.“



Konnte seine Zuhörer überzeugen:
Prof. Dr. Josef Aff.

Affs Anliegen in der Lehrerbildung sei daher, „Ökonomie und Vernunft zusammenzubringen“, d. h. konkret, dass er den pädagogischen Focus auch auf die Betriebs- und Volkswirtschaftslehre lege.

Hatten Zuhörer vor diesem Hintergrund einen wissenschaftstheoretischen Vortrag erwartet, wurden sie von Aff ‚bitter‘ enttäuscht. Selten ist es einem Referenten gelungen, so der einhellige Tenor des Auditoriums, theoretisches Gedankengut an Praxisbeispielen zu erläutern, die sogar noch direkt in die tägliche Unterrichtsarbeit einfließen können.

Ein Beispiel gefällt:

Rationalität: Auszubildender kauft „Kriegsaktien“ anlässlich des 17. März

(Kriegsbeginn Irak) mit dem ausschließlichen Ziel eine entsprechende Gewinnmitnahme zu erreichen. Dabei sind u. a. folgende unterrichtlichen Ziele erreicht: Azubi interessiert sich für Politik, kann Aktienkurse lesen, kann Aktienkauf und –verkauf abwickeln.

Vernunft: Ist die Frage nach der Ethik eines solchen Kaufes gerechtfertigt?

Genau dies bejaht Aff und stellt damit die Rolle des Lehrers wieder in den Vordergrund, d. h., dass instrumentelle Vernunft sehr stark in Zusammenhang mit pädagogischer Verantwortung zu sehen ist.

Ebenfalls sehr anschaulich stellte Aff die o. a. Fokussierung von betriebswirtschaftlichen Ansätzen als Impulse wirtschaftlichen Denkens und Handelns dar, wie Abb. 1 zeigt. Er fordert vom Lehrer also eine verstärkte curriculare Arbeit, die sich auf die konkrete Umsetzung in den Unterricht bezieht.

Zum Abschluss stellte er noch einen von ihm mitentwickelten Unterrichtskoffer „Entrepreneurship Education“ vor, der 21 Unterrichtsbausteine aus den Bereichen Betriebs- und Volkswirtschaft enthält. Den demnächst auf den Markt kommenden Koffer werden wir selbstverständlich in VLB-akzente vorstellen. Allein das Zeigen der Bausteininhalte des Koffers veranlasste meinen Nebenmann zu der Aussage: „Her damit.“

Abbildung 1





Diskutierten das Thema Standortfaktor, von links: Alexander Liebel, VLB, Udo Göttemann, IHK, Karl-Heinz Kirchberger, Reg. v. Opf., Prof Dr. Josef Aff, Uni Nürnberg, Moderator Gerd Otto (Mittelbayerische Zeitung) und Armin Ulbrich (VLB).

Prof. Dr. Josef Aff hat es verstanden, universitäre Theorie praktisch, und vor allem begeistert, dem Auditorium zu vermitteln. Der langanhaltende Applaus am Ende seines Vortrages zeigte, dass er uns Lehrern aus der Seele gesprochen hat.

Podiumsdiskussion

Ist kaufmännische Bildung ein Standortfaktor? Dieser Frage ging Gerd Otto, Chefredakteur der Mittelbayerischen Zeitung Regensburg, als Moderator der Podiumsdiskussion sachgerecht nach – hatten doch alle das Gefühl, dass der Moderator wusste wovon er sprach. Die Fragestellung wurde naturgemäß unter unterschiedlicher Betrachtungsweise, aber letztlich einheitlicher Bejahung auch des dualen Ausbildungssystems diskutiert von Prof. Dr. Aff, Uni Nürnberg, Udo Göttemann, IHK, Karl-Heinz Kirchberger, Reg. v. Opf., und Alexander Liebel, VLB.

Liebel appellierte am Ende der Runde im besonderen Maße an Gerd Otto, über das Medium Zeitung für mehr Transparenz in der Öffentlichkeit zu sorgen, dass sich auch in schwierigen Zeiten an den beruflichen Schulen sehr wohl um den Nachwuchs gekümmert wird. Er wiederholte zudem die VLB-Forderung, dass Schulaufsicht, Wirtschaft und Öffentlichkeit verstärkt die berufliche Bildung unterstützen und damit

auch einen Beitrag leisten, dass sich das Bild des Lehrers in der Öffentlichkeit verbessert.

Workshops

Nach einem von der Sparkasse bereitgestelltem vorzüglichem Mittagbuffet war ein Umzug der Teilnehmer in die benachbarte Berufsschule notwendig, wo die Fachtagung am Nachmittag mit den traditionellen fachlich orientierten Workshops fortgesetzt wurde.

Das Angebot erstreckte sich quer durch das gesamte Spektrum der kaufmännischen Ausbildungsberufe, so dass jeder Teilnehmer seinen Interessen entsprechend Informationen mit nach Hause nehmen konnte. Auffällig war allerdings, dass sich die Thematik ‚Kammerprüfung‘ wie ein roter Faden durch sehr viele Workshops zog. Dies

Margarete Rohleder stellte die Ergebnisse des Workshops Lehrerbildung vor. Sitzend Klemens M. Brosig und Armin Ulbrich, die Vertreter der „Kaufleute“ im Geschäftsführenden Vorstand des VLB.



zeigt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Der VLB hat diese Botschaft noch einmal aufgenommen und wird sich weiterhin und verstärkt um eine Lösung der anstehenden Probleme kümmern.

Eine ausführliche Nachlese zu den Arbeitskreisen werden wir in der nächsten Ausgabe von VLB-akzente veröffentlichen.

Abschlussplenum

„Eine gelungene Tagung geht zu Ende“, so leitete Klemens M. Brosig das Abschlussplenum ein. Zunächst fassten die Workshopleiter ihre Ergebnisse nochmals kurz zusammen, so dass alle Teilnehmer einen Überblick erhielten, was in den nicht besuchten Workshops diskutiert wurde.

Wie es sich für einen solchen Tag gehört, dankte Brosig im Namen des VLB zunächst der Sparkasse Regensburg für die freundliche Aufnahme in ihrem Hause.

Eine solche Tagung ist auch nicht möglich ohne die vielfältige Arbeit im Hintergrund und die Unterstützung von außen. Besonderer Dank gilt dem Organisationsteam vor Ort um Josef Bezold und Reinhard Tischler mit all den KollegenInnen der Schule. Ein herzliches Dankeschön auch an Armin Ulbrich für seine unermüdliche Arbeit zur Vorbereitung dieses Tages.

Unter tragem Wissen versteht man die Kenntnis und das Können ohne das Tun. Nutzen wir die Ergebnisse der Tagung, um unser träges Wissen in intelligentes Handeln zu wandeln. <

Landesverband

Handwerkszeug für die Pressearbeit

Können Sie sich vorstellen, wie beschwerlich es ist, kniend einen Küchenboden mit einem Taschentuch aufzuwischen oder einen Baum mit einer Rosenschere zu beschneiden? Nun, dann dürfte Ihnen die Bedeutung des richtigen Handwerkszeugs

demnächst im Internet abrufbar). Als Vorsitzende des Beschwerdeausschusses des Deutschen Presserates an den ethischen Grundwerten der schreibenden Zunft interessiert, stellte sie zudem den Deutschen Presskodex vor, wobei sie es verstand, die nüchter-



Jürgen Wunderlich, Schwabens Bezirksvorsitzender und Hausherr, bei der Begrüßung der Seminarteilnehmer. Sitzend von links: Barbar Dilberowic und Ursula Ernst-Flaskamp.

für das Gelingen einer Arbeit bewusst sein.

Doch was gehört zum richtigen „Handwerkszeug“ eines Pressereferenten?

Zum einen sicherlich der gute Zugang zur örtlichen Presse und zum anderen die Fähigkeit, ansprechende Pressemitteilungen zu verfassen und passendes Hintergrund- und Bildmaterial zu lancieren.

Um diesbezügliche Defizite zu beseitigen, fanden sich am Freitag, dem 26. September 2003, engagierte Kolleginnen und Kollegen zum von VLB-Schriftführerin Barbara Dilberowic organisierten VLB-Presseseminar an den Beruflichen Schulen in Neusäß zusammen. Ursula Ernst-Flaskamp aus der Bayernredaktion der Augsburger Allgemeinen Zeitung erwies sich als äußerst kompetente Referentin. Sie bot einen Einblick in den Tagesablauf und die Arbeitsweise in einer Redaktion. Daneben erteilte sie wertvolle Tipps zur Kontaktaufnahme und -pflege bzw. zur Gestaltung von Pressemitteilungen und Pressekonferenzen (für Interessierte sind diese

nen Paragraphen mit zahlreichen Fallbeispielen aus eigener erlebter Praxis zu veranschaulichen.

Bei der Theorie sollte es jedoch nicht bleiben: Am Nachmittag bekamen die Teilnehmer/innen die Gelegenheit, sich im Verfassen einer Pressemitteilung zu üben. Stellvertreter der Landesvorsitzender Klemens Brosig fächerte das Spektrum derzeitiger Verbandsarbeit auf, aus welchem die derzeitige Problematik der Jugendlichen ohne Ausbildung zur Bearbeitung ausgewählt wurde. Dass nun Schwitzen angesagt war, lag nicht nur

Diskussion mit Ursula Ernst-Flaskamp.



an der Thematik und den angeregten Diskussionen der Kleingruppen, sondern durchaus an der Schwierigkeit, unter Zeitdruck einen möglichst geistreichen, zündenden Text zu verfassen. Um die Chancen einer Veröffentlichung zu vergrößern, sollte ein solcher Text neben einer passenden Schlagzeile auch die wesentlichen Aussagen und Informationen im ersten Drittel der Pressemitteilungen enthalten.

In der anschließenden Einheit gab VLB-Schriftleiter Martin Ruf wertvolle Hinweise zur Gestaltung von Artikeln für unser Verbandsorgan VLB-akzente. Mit ihm begutachteten die Teilnehmer/innen auch die verschiedenen Internetauftritte unserer Kreis- und Bezirksverbände und informierten sich über die Arbeitsweise des BSCW-Servers, der als Informationsplattform für VLB-Intern leider immer noch zu wenig genutzt wird.

Den Abschluss der durchaus gelungenen Fortbildung bildete eine Führung durch die Druckerei der Augsburger Allgemeinen, wo der Andruck der Wochenendausgabe miterlebt werden konnte.

Ein großes Kompliment an die Kolleginnen und Kollegen, die trotz teilweise mehrstündiger Anreise das mehr als zehnstündige Seminar nutzten. Sie haben bewiesen, dass Pressereferenten/innen bereit sind, Freizeit für das gemeinsame Anliegen des VLB zu investieren, indem sie ihr Handwerkszeug, Bereich „Software“, optimieren.

Jetzt sind v. a. die Bezirks-, aber auch Kreisverbände gefordert, sofern noch nicht vorhanden, auch zeitgemäße „Hardware“ z. B. in Form von Digi-

Das Ergebnis der reaktionellen Arbeit konnte beim Andruck der Augsburger Allgemeinen vor Ort begutachtet werden.



talkameras zu beschaffen, mit denen schnell und komfortabel Fotos für Presse und VLB-akzente geschossen und aufbereitet werden können. Dann wäre ein Fotokurs die nächste geeignete Fortbildung für die Presserefe-

renten aus den Bezirks- und Kreisverbänden.

Unser Dank gilt an dieser Stelle auch der Berufsfachschule für Hauswirtschaft in Neusäß für die gute Bewirtung während des Seminartages. *bd*

den Eindruck, dass ihr die Ausgestaltung ihres VLB-Vorstandsamtes leicht von der Hand ging. Kontaktfähigkeit, Charme, politische Intelligenz und Konfliktfähigkeit aber auch großes Stehvermögen öffneten ihr – sehr zum Wohle des Verbandes und seiner Klientel – so manche Tür, die anderen verschlossen blieb. Dass dahinter vielfach auch harte Arbeit, gepaart mit einem hohen Maß an Gestaltungswillen, steckte, konnte man oft nur ahnen. Die besondere Fähigkeit zum Ausgleich brachte ihr auf allen Ebenen der Verbandsarbeit große Sympathien ein.

Ingrid Heckner war vielfältig initiativ für den Verband: als Mitschöpferin des Modellversuchs KOBAS, bei der Einführung des Lehramts „Gesundheit“, bei der Betreuung der „Fachgruppe Förderberufsschulen“, bei der Gründung der Fachgruppe „Sonderpädagogik“ und so weiter und so fort. Wegen der gebotenen Kürze können wir hier all ihre Verbandsinitiativen

Personelle Veränderungen im VLB-Vorstand

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge

Nach langjähriger Tätigkeit als stellvertretende Landesvorsitzende schied Ingrid Heckner Mitte Oktober aus dem Geschäftsführenden Vorstand des VLB aus, weil sie – mit einem überragenden Wahlergebnis übrigens – zu Beginn der neuen Legislaturperiode in den Bayerischen Landtag einrückte. Neben der „Stellvertreterfunktion“ war der Name Heckner für die Verbandsmitglieder stets auch ein Synonym für erfolgreiche Personalratsarbeit. 1986 erschien er erstmals auf der Personalratsliste. 1989 rückte Ingrid Heckner – als Nachfolgerin von Winfried Trostel – in den Hauptpersonalrat nach. Seitdem war sie Gruppensprecherin. 2002 wurde sie stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. In ihrer HPR-Zeit knüpfte sie ein enges Kooperationsnetz mit den Bezirkspersonalräten; ihre beiden letzten großen Themen vor dem Wechsel in den Landtag waren die neuen Beurteilungsrichtlinien und die Verlängerung der Beförderungswartezeiten, für deren Rücknahme sie kämpfte.

Ein Bocksbeutelpräsident aus der fränkischen Heimat des Landesvorsitzenden: Auch Ingrid Heckner schätzt den guten Tropfen.



In der Verbandsarbeit setzte sie sich tatkräftig und glaubwürdig für den Ausgleich der Interessen unserer beiden Lehrergruppen – der Fachlehrer also und der Lehrer des Höheren Dienstes – ein.

1987 beim Berufsschultag in Kempten zur stellvertretenden VBB-Vorsitzenden gewählt, trat sie mit Nachdruck für den Zusammenschluss der beiden Altverbände VBB und VDH ein und gehörte auch dem Gremium an, welches den Boden für dieses konsequente Zusammengehen bereitet. Wer Ingrid Heckner erlebte, gewann

wohl nicht würdigen. Aus dienstrechtlichen Gründen war sie ständig präsent im KM. Unverdrossen und unermüdlich beriet und betreute sie die Kreis- und Bezirkspersonalräte und setzte sich mit unzähligen Einzelanliegen auseinander. Zeitweise war sie auch Mitglied sowohl im Bundesvorstand des Bundesverbands der Lehrer an beruflichen Schulen als auch im Hauptausschuss des Beamtenbundes.

Der VLB wußte schon des längeren um Ingrid Heckners parlamentarische Ambitionen, ist sich aber gleichzeitig des Vakuums bewusst, das



Der scheidende Dienstrechtler Manfred Greubel (rechts) wünscht seinem Nachfolger Wolfgang Lambl viel Erfolg bei der künftigen Arbeit.

sie hinterlässt. Die bekannte Metapher vom weinenden und lachenden Auge könnte dem VLB freilich ein wenig tröstlich sein: Mit dem weinenden Auge lässt er Ingrid Heckner ziehen, weil sie mit ihrem unerschöpflichen Ideenreichtum, mit ihrer Integrationskraft und mit ihrer hohen Beziehungsintelligenz – wie gesagt – fehlen und nicht so leicht zu ersetzen sein wird. Mit dem lachenden dagegen, weil der beruflichen Bildung nichts Besseres geschehen kann als eine solche Repräsentantin dort sitzen zu haben, wo die Musik spielt und die Weichen gestellt werden, im Parlament und in den Ausschüssen nämlich.

„Sie hat in Sachen berufliche Bildung im VLB eine lange Lehrzeit absolviert“, sagte Landesvorsitzender Hermann Sauerwein als er Ingrid Heckner Mitte Oktober anlässlich der Hauptvorstandssitzung in Regensburg verabschiedete. Möge sie mit diesem Rüstzeug im Gepäck in ihrem künftigen Wirkungskreis ebenso erfolgreich sein, wie bei ihrer Tätigkeit im und für den VLB. *-pth-*

Wolfgang Lambl übernimmt mehr Verantwortung

Wegen des Wechsels von Ingrid Heckner in den Bayerischen Landtag mussten ihre beiden Positionen im VLB neu besetzt werden.

Nach seiner „Lehrzeit“ als Bezirkspersonalratsvorsitzender in Unterfranken wechselte Wolfgang Lambl als

erster Nachrücker am 9. Oktober von der Region in den Hauptpersonalrat beim Bayerischen Kultusministerium in die Landeshauptstadt nach München. Er übernahm dort von seiner Vorgängerin die Position des Gruppensprechers der Lehrer an beruflichen Schulen. Der VLB weiß, dass mit Wolfgang Lambl und seinem Partner Horst Hackel die personalrechtlichen Angelegenheiten des einzelnen Mitglieds, aber auch die des Verbandes weiterhin bestens im Kultusministerium vertreten sind. Daneben erklärte sich Lambl nach dem Rücktritt von Manfred Greubel bereit, im VLB das Amt des Dienstrechtsreferenten zu übernehmen. Bei der letzten Hauptvorstandssitzung wurde er dann auch einstimmig zum neuen Referenten gewählt. Aber damit sind der neuen Aufgaben noch nicht genug: Vom Hauptvorstand wurde Lambl noch das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden angetragen. Auch hier stellte er sich zur Verfügung und wurde einstimmig gewählt.

Wer Wolfgang Lambl kennt, den im positiven Sinne „Workaholic in Sachen VLB“, weiß, dass mit seinen integrativen Fähigkeiten geradezu in idealtypischer Weise sowohl standes- als auch dienstrechtliche Anliegen in den verschiedenen Gremien bei ihm zum Wohle der Solidargemeinschaft VLB in besten Händen sind.

Die Mitglieder des VLB wünschen Wolfgang Lambl in seinem neuen Tätigkeitsfeld weiterhin die gleiche Standfestig- und Zielstrebigkeit wie

bisher, wenn es gilt, Interessen offensiv zu vertreten.

Nicht verhehlt soll an dieser Stelle werden, dass nicht alle diese Veränderung nur mit einem lachenden Auge sehen. Der Bezirksverband Unterfranken verliert nur ungern seinen Bezirkspersonalrat und zugleich auch seinen Bezirksvorsitzenden. Trotzdem wird sich Lambl aber immer auf „seine“ Unterfranken verlassen können. *-rf-*

Sie erreichen Wolfgang Lambl

- **in Angelegenheiten des VLB:** über VLB-Geschäftsstelle
- **in Angelegenheiten des Hauptpersonalrates:** Hauptpersonalrat für die beruflichen Schulen i
beim Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Salvatorstr. 2, 80327 München
Tel.: (089) 55 25 00-0,
Fax: (089) 55 25 00 10
E-Mail: Wolfgang.Lambl@
ukwkm.lrz-muenchen.de

Neue Herausforderung für Manfred Greubel

Mit Beginn des neuen Schuljahres übernahm Manfred Greubel die Schulleitung an der B 6 in Nürnberg. Diese Herausforderung, aber auch eine gewisse Inkompatibilität mit seiner Stellung als Schulleiter veranlassten ihn in der letzten Hauptvorstandssitzung das Amt des VLB-Dienstrechtsreferenten in andere Hände zu legen. VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein ließ bei seiner Danksagung nochmals die „Dienstrechtskarriere“ von Greubel Revue passieren: 1991 stellte er sich im neuen Verband VLB als Dienstrechtskandidat zur Verfügung und konnte auf Anhieb das Vertrauen aller VLBl'er gewinnen. Über 12 Jahre wirkte er als Vertreter des VLB in übergeordneten Gremien – im Hauptausschuss des Bayerischen Beamtensyndikats (BBB) und im Arbeitskreis Dienstrecht des VLW – an entscheidender

Stelle mit. Der VLB wusste damit seine Interessen dort bestens vertreten. Wegen des zunehmenden Rechtsbewusstseins und einer wachsenden Konfliktbereitschaft, aber auch verstärkten Angriffen auf die Lehrerschaft in letzten Jahren, wurde seine Funktion als Dienstrechtler immer mehr gefragt. Mit seiner ihm eigenen Gewissenhaftigkeit – im Dienstrechtsbereich von unerlässlichem Vorteil – und Konsequenz führte er Gespräche, gab Stellungnahmen ab oder fertigte Eingaben an die entsprechenden Stellen an. Nicht zuletzt dank seiner regelmäßigen Veröffentlichungen in VLB-akzente konnten die Mitglieder von den geplanten Grausamkeiten seitens der Ministerialbürokratie erfahren. Auch in Fachkreisen wurde Manfred Greubels Wort sehr geschätzt.

Nicht unerwähnt, so Hermann Sauerwein, soll es an dieser Stelle sein, dass es Greubel immer wieder gelungen ist, selbst schlechten Nachrichten noch etwas Positives abzugewinnen. Dank seiner Intervention konnte des Öfteren Schlimmeres verhindert werden.

Vor allem der Geschäftsführende Vorstand verliert mit seinem Ausscheiden eine stete Informationsquelle und verlässlichen Partner in Sachen Dienstrecht. Greubel war aber nicht nur als Dienstrechtler für unsere Solidargemeinschaft tätig, sondern zuletzt im Alt-VDH auch als stellvertretender Landesvorsitzender.

Der Dank des VLB für seine geleistete Arbeit sei ihm sicher, aber er hoffe auch, so Sauerwein weiter, dass er dem VLB weiterhin eng verbunden bleibe. Dass dies so sein werde, versicherte Greubel in seinen Dankesworten an den Hauptvorstand. *-rf-*

PS: Die hierdurch im VLW entstandenen Vakanz im Dienstrecht übernimmt künftig Armin Ulbrich.

Senioren

Ehrlichkeit in der Politik – eine weitere Facette

Veröffentlichung mit Absicht erst nach den Landtagswahlen in Bayern

„Mir wird stets Zustimmung im Einzelnen signalisiert, solange sichergestellt ist, dass das Vorhaben als Ganzes scheitert“. (Horst Kohler, Sparkassenverbands-Chef)

Eine Aussage, die ein Verhalten kennzeichnet, das nach meinem Eindruck vor allem in der Politik immer mehr um sich greift – mit fatalen Folgen. Einige bezeichnende Beispiele aus der Beamtenpolitik der bayerischen Staatsregierung:

Diese Staatsregierung lässt keine Gelegenheit – vor allem vor Beamtenvertretern – aus

- sich als Hort des Berufsbeamtentums
- als „Freund“ der Beamten sei es als Kämpfer für bessere Rahmenbedingungen
- sei es als Verhinderer von „Grausamkeiten“ gegenüber den Beamten zu profilieren.

Die Wirklichkeit sieht aber oft vollkommen anders aus:

- „erkämpfte“ Verbesserungsmöglichkeiten werden wider allen Versprechungen nicht genutzt (Beispiel 1)
- für zweifelhafte Verbesserungsmöglichkeiten (die man ja nicht nutzen muss!) stimmt man Verschlechterungsmöglichkeiten (die man dann verwirklicht) zu (Beispiel 2)
- „Grausamkeiten“ gegen die Beamten und Versorgungsempfänger der „anderen“ nennt man genüsslich so und stimmt auch dagegen. Aber der Enthusiasmus, die anderen von der eigenen Position zu überzeugen, hält sich in solchen Grenzen, das dies nicht einmal bei den CDU-Ländern gelingt. Der Verdacht, die eigene, beamtenfreundliche Position nur auf dem Hintergrund der sicheren Ablehnung zu vertreten, darf gedacht werden. Das Malheur bedauernd, lässt die folgende „er-

zwungene“ Verwirklichung der „Grausamkeiten“ auch noch die permanente Schelte der „anderen“ zu. Praktisch! (Beispiel 3)

Beispiel 1

Problem der miserablen Referendar-Besoldung mit Folge des akuten Referendar-Mangels vor allem im berufsbildenden Bereich. Die Bayerische Staatsregierung: Man würde ja gerne Zuschläge in Mangel-Bereichen zahlen, wenn das der für die Besoldung zuständige Bund zuließe. Als der Bund endlich die gesetzlichen Voraussetzungen schuf, entzog sich Bayern der versprochenen Konsequenz dadurch, dass man plötzlich feststellte, es gäbe gar keinen Mangel an Referendaren. Man schafft einfach nicht die notwendigen Planstellen bzw. „fährt“ lieber Sondermaßnahmen zum Schaden des normalen Studienganges.

Beispiel 2

Problem „Öffnungsklausel“. Die vom klammen Berlin gestartete Initiative, die den Ländern zwecks Einsparungen (wieder) mehr Rechte in der Beamtenbesoldung scharfen soll, fand schließlich auch die Unterstützung Bayerns, indem es nicht nur die Öffnung nach „unten“, sondern auch nach „oben“ forderte und durchsetzte – ein (realistisches?) Zuckerl für die bayerischen Beamten! Nun haben die Länder wieder Gestaltungsmöglichkeiten – im ersten Anlauf besonders bei den Sonderzahlungen (Urlaubsgeld – „Weihnachtsgeld“). Die Reaktion in Bayern: 2003 keine Kürzung der Sonderzahlungen – seid dankbar Beamte – als Einlösung des (Wahl-)Versprechens des Bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Hauptausschuss des Deutschen Beamtenbundes, dass die Beamten in Bayern am besten dastehen werden. Solange noch nicht alle Länder ihre Regelungen vorgelegt haben, ist diese „Einlösung“ zunächst allenfalls nur eine „Nicht-Schlechter-Stellung“.

Beispiel 3

Das Versorgungsänderungsgesetz 2001 – das u. a. die Absenkung des Versorgungsniveaus und des Höchstsatzes von 75 % auf 71,75 % bringt/brachte – stieß von Anfang an auf den Widerstand der Bayerischen Staatsregierung. „Ich kann Ihnen schon heute versichern, dass die Bayerische Staatsregierung im weiteren Gesetzgebungsverfahren auf die notwendigen Korrekturen drängen wird“. (Staatsminister Erwin Huber am 17. August 2001 in einem Brief im Auftrag von Ministerpräsident Dr. Stoiber an den Bayerischen Beamtenbund),

Am 19. Oktober 2001 fand die erste Lesung im Bundesrat statt. Die Bundesratsmehrheit stimmte im wesentlichen dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zu. Bayern hatte zusammen mit Hessen einen Änderungsantrag – mit Hinweis auf die bereits erbrachten Vorleistungen – gestellt, die Absenkung des Höchst-Versorgungsniveaus auf 72 % zu beschränken und die bis 2010 auszusetzende Versorgungsrücklage nur von 2011–2013 und nicht – wie vorgesehen – 2017 wieder aufleben zu lassen. Die Mehrheit des Bundesrates lehnte den Antrag – erwartungsgemäß – ab. Keiner der anwesenden drei bayerischen Vertreter (Staatsminister Reinhold Bocklet, Justizminister Manfred Weiß sowie Staatssekretärin Erika Görlitz - Bayern hat 6 Stimmen) hat das Wort ergriffen oder eine Erklärung zu Protokoll gegeben.

Gesprochen haben je ein Vertreter Baden-Württembergs, Thüringens und des Bundesinnenministeriums. Eine Erklärung zu Protokoll gab der hessische Vertreter.

Die letzte, entscheidende Sitzung des Bundesrates am 20. Dezember 2001 brachte keine Änderung mehr. Bayern trug zwar einen Antrag des Freistaats Sachsen mit, den Vermittlungsausschuss anzurufen, wie das auch der federführende Innenausschuss empfohlen hatte. Aber dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt und der Gesetzesentwurf der Bundesregierung mehrheitlich angenommen. Von besonderen bayerischen Bemühungen im Sinne der Versprechungen

ist nichts überliefert. Sollten da eventuell wohl auch den ehrlichen Bemühungen von Prof. Dr. Eykman und „seinem“ Ausschuss für den öffentlichen Dienst an der Heimat-Front die Grenzen aufgezeigt werden! Der bayerische Finanzminister Prof. Faltlhauser im Nachhinein: Mit Bedauern hätten wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Versorgungsänderungsgesetz 2001 in der vom Bundestag beschlossenen Fassung in Kraft getreten sei ohne Berücksichtigung der vom Beamtenbund und der Bayerischen Staatsregierung gleichermaßen dringend angemahnter Korrekturen. Deshalb sei es notwen-

dig, noch einmal an das unverantwortliche Handeln der Bundesregierung in dieser wichtigen beamtenpolitischen Angelegenheit zu erinnern. Es handle sich hier um eine mangelnde Fürsorge des Bundes gegenüber den Versorgungsempfängern und vor allem eine Ungleichbehandlung der Beamten mit den Arbeitnehmern ...

Wer mag sich da noch über die vor allem von den Politikern selbst beklagte zunehmende Politikverdrossenheit, bis hin zur abnehmenden Wahlbeteiligung und das verheerende Image der Politiker wundern?

Berthold Schulter

Viel über Kronach erfahren

Das Herbsttreffen der Senioren des Bezirksverbandes Oberfranken fand in diesem Jahr in Kronach statt. Die 38 Mitglieder aus den vier Kreisverbänden kamen zum Eingang der Festung Rosenberg, wo sie von Bürgermeister Manfred Raum begrüßt wurden. Er freute sich, dass die 1000-Jahr-Feier der Stadt den Anlass bot, das Treffen in Kronach abzuhalten und machte die Teilnehmer mit den wichtigsten Daten der Stadtgeschichte bekannt.

Die folgende Führung durch die Festungsanlage leitete Horst Parteymüller. Er schilderte die Entstehung und die wechselvolle Geschichte der

Festung, die nie eingenommen wurde, in so anschaulicher Weise, dass alle begeistert waren. Beim Gang durch die Sonderausstellung „Hommage an Lukas Cranach“ konnte man zahlreiche Werke zeitgenössischer Künstler betrachten, die zur Ehre des großen Malers geschaffen wurden.

Nach dem Mittagessen im „Klosterteller“ überbrachte der Seniorenbeauftragte des Bezirks, Kollege Schramm, die Grüße der Bezirksvorsitzenden, Dr. Angelika Rehm und die Grüße einiger Ruheständler, die in letzter Minute absagen mussten und begrüßte unseren Seniorenvertreter und Ehrevorsitzenden Berthold Schulter, der den langen Weg aus



Oberfrankens Senioren vor der Festung Rosenberg in Kronach.

München wieder auf sich genommen hatte.

Schramm ging anschließend auf die derzeitige Stimmungslage in der Politik und in den Medien ein, die dazu angetan ist, der Öffentlichkeit ein recht einseitiges Bild zu vermitteln, in dem von der Benachteiligung der „Jungen“ und den Privilegien der „Alten“, vor allem der Beamten die Rede ist. In diesem Zusammenhang verwies er besonders auf einen Artikel der ehemaligen Familienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr hin, der den bezeichnenden Titel trägt: „Senioren – die Sündenböcke der Nation?“ und in dem deutlich gemacht wird, dass wir keine „Überalterung“, sondern eine „Unterjüngung“ unserer Gesellschaft haben. Wir haben eine sehr geringe Geburtenrate, einen späten Eintritt in das Berufsleben, einen extrem frühes Ende des Berufslebens und damit nicht nur die kürzeste Jahres- sondern auch im Vergleich eine der kürzesten Lebensarbeitszeiten.

Kollege Schulter griff dann weitere heiße Themen auf, wie die Durchführung des Besoldungsanpassungsgesetzes, die Berechnung des Versorgungsabschlags, die Regelung zum Weih-

nachtsgeld und die Öffnungsklausel im Besoldungsgesetz, die es den Ländern ermöglicht, solche Leistungen selbst zu bestimmen. Darüber hinaus gab er Informationen zur „Riester-Rente“ und zu den neuen Beihilfevorschriften.

In der Diskussion kamen auch andere Themen, wie Pflegeversicherung, Bürgerversicherung und die Abfassung einer Patientenverfügung zur Sprache.

Kollege Schramm bedankte sich im Namen der Teilnehmer sehr herzlich bei Berthold Schulter wies auf den Berufsbildungskongress hin, der 2004 in Bamberg stattfinden wird. Auf Vorschlag der Teilnehmer soll das nächste Jahrestreffen im Frühjahr in Forchheim stattfinden, dabei ist sicher die Landesausstellung „Edel und frei – Franken im Mittelalter“ ein lohnendes Ziel.

Besonders zu danken ist der Frau des Kollegen Förster aus Kronach, die für die Ehefrauen der Mitglieder am Nachmittag eine Führung durch die Synagoge organisiert hatte, wo viel über die Geschichte und die Restaurierung der Synagoge zu erfahren war.

Berthold Schramm



und das Leben vorzubereiten. Und genau das war immer sein Ziel.

Bereits seit 1967 im Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayerns hat er sich in unserer Organisation engagiert. Neben verschiedenen Aufgaben im früheren VdH wurde er 1994 zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Nürnberg gewählt. Hier setzte er seine Erfahrungen als Personalrat und Schulleiter und seine guten und oft freundschaftlichen Kontakte zu den wesentlichen Entscheidungsträgern geschickt zur Durchsetzung der Interessen der Lehrkräfte ein. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kreisvorstand war er im VLB präsent und unterstützte die Arbeit des Kreisverbandes in allen Bereichen.

Die Stadt Nürnberg musste zwar einen profilierten und bestimmt nicht amtsmüden Schulleiter in den Ruhestand versetzen, wir vom VLB dagegen können uns freuen, denn uns, dem Kreisverband Nürnberg, bleibt Dietrich von Heckel erhalten,

Für diese ständige Bereitschaft, ein kritisches, manchmal sch(m)erzendes, aber immer konstruktives und hilfreiches Wort offen zu sagen, danken wir ihm. Der KV Nürnberg wünscht ihm alles Gute. *Norbert Schammann*

Personalien

Dietrich von Heckel ging in den Ruhestand

„Leben heißt parteiisch sein.“ Dieser Satz von Friedrich Hebbel charakterisiert sehr treffend das berufliche und (verbands-) politische Leben v. Heckels, denn er bezog immer Stellung und passte sich nicht einer vielleicht oft bequemeren „herrschenden Meinung“ an.

Viele Jahre arbeitete er im städtischen Schulwesen von Nürnberg neben seiner Unterrichtstätigkeit an der städtischen Wirtschaftsschule als Personalrat. Zunächst an der Basis, dann als Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim Amt für berufliche Schulen, der zentralen Entscheidungsstelle

für das berufliche Schulwesen in Nürnberg. Durch sein Verhandlungsgeschick, seine Hartnäckigkeit und seine gewinnende Rhetorik gelang es ihm auch in schwierigen Fällen, für die Lehrkräfte in Nürnberg optimale Bedingungen zu ermöglichen.

Im Jahre 1983 wurde der engagierte Personalrat und aktive VdHler zum Leiter der Beruflichen Schule 14 in Nürnberg ernannt. Ein Widerspruch? Dietrich von Heckel zeigte, dass die Arbeit eines Personalvertreters, eines Verbandsfunktionärs und eines Schulleiters letztlich auf das Gleiche gerichtet ist, nämlich die Voraussetzungen und das Klima zu schaffen, das Lehrkräfte brauchen, um engagiert und qualifiziert ihre Schüler auf den Beruf

Horst Völker im Ruhestand

Nach 40 Dienstjahren geht der Leiter der städtischen Berufsschule 3 Nürnberg zum Schuljahresende 2002 / 2003 in den Ruhestand. In dieser langen Zeit war diese Berufsschule der berufliche Mittelpunkt in Völkers Leben. Die unterrichtliche Tätigkeit begann



er 1965 an der Berufsschule 3. 1976 trat er in den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen ein, in dem er durch seine aktive und kritische Mitarbeit und sein beständiges Engagement die Belange der Lehrkräfte entschieden vertrat.

Welche berufspädagogischen Akzente hat Horst Völker in dieser Zeit gesetzt? Auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und ausbildungssituative Herausforderungen hat er zeitgemäße Antworten entwickelt und durchgesetzt. Sein ganz persönlicher pädagogischer Dreiklang lässt sich so beschreiben: stets beste fachliche Kompetenz, immer ein zukunftsweisender Pragmatismus und effiziente organisatorische Rahmenbedingungen für den Unterricht an seiner Schule.

Horst Völker hat sich in den 40 Dienstjahren überall Achtung und Anerkennung erworben. Wir wünschen ihm und seiner Frau Gesundheit, weiterhin viel Lebensfreude und die nötige Zeit, um ihren vielfältigen Interessen gemeinsam nachgehen zu können. *Gerhard Horn/Ulrich Ferstl*

Wir gratulieren im Dezember ...

... zum 85. Geburtstag

Brosow, Siegfried, 10.12.
95145 Oberkotzau, KV Ofr.-Nordost

... zum 80. Geburtstag

Böhm, Anton, 18.12.
84503 Altötting, KV Altötting-Mühlendorf

... zum 75. Geburtstag

Boxberger, Günter, 09.12.
97082 Würzburg, KV Würzburg

Kunzmann, Erich, 09.12.
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg

Rapps, Günter, 01.12.
97082 Würzburg, KV Würzburg

Rathsam, Hildegard, 30.12.
90482 Nürnberg, KV Nürnberg

Sehling, Hans, 08.12.
85591 Vaterstetten, BV München

Voithenleitner, Josef, 28.12.
83024 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach

Weidenhöfer, August, 17.12.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

Zinser, Hermann, 06.12.
97437 Hassfurt, KV Main-Rhön

Zweigle, Erika, 12.12.
81475 München, BV München

... zum 70. Geburtstag

Deibl, Georg, 15.12.
83530 Schnaitsee,
KV Rosenheim-Miesbach

Kyek, Herbert, 19.12.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost

Möser, Heinz-Dieter, 29.12.
97204 Höchberg, KV Würzburg

... zum 65. Geburtstag

Babinsky, Ingeborg, 22.12.
83711 Miesbach,
KV Rosenheim-Miesbach

Dotzler, Albert, 01.12.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

Engelmann, Walter, 27.12.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach

Kurz, Hans, 13.12.
93083 Obertraubling,
KV Regensburg

Lutz, Erhard, 19.12.
97246 Eibelsstadt, KV Würzburg

Messemer, Günter, 19.12.
90431 Nürnberg, KV Nürnberg

Reger, Hans, 28.12.
92681 Erbdorf, KV Opf.-Nord

Wittmann, Albert, 25.12.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 60. Geburtstag

Ammon, Michael, 11.12.
91166 Georgensgmünd, KV Nürnberg

Authammer, Rosemarie, 10.12.
86420 Diedorf, KV Augsburg

Bauer, Georg, 20.12.
91189 Rohr, KV Mfr.-Süd

Bayerl, Harald, 22.12.
97076 Würzburg, KV Main-Rhön

Czekalla, Wolfgang, 23.12.
97076 Gerbrunn, KV Würzburg

Feix, Wolfgang, 26.12.
87700 Memmingen, KV Allgäu

Feßl, Franz, 14.12.
82198 Gilching, BV München

Herbrich, Wolfgang, 04.12.
83346 Bergen, KV Traunstein-BGL

Hofmann, Dieter, 24.12.
90471 Nürnberg, KV Nürnberg

Kornelsen, Burkhard, 04.12.
80992 München, BV München

Moeller, Alfred, 19.12.
87471 Durach, KV Allgäu

Rein, Klaus, 23.12.
63863 Eschau, KV Untermain

Schöne, Wieland, 19.12.
85716 Unterschleißheim,
KV Obb.-Nordwest

Schricker, Günter, 09.12.
85435 Erding, BV München

Vogelsgang, Hansjörg, 03.12.
86163 Augsburg, KV Augsburg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Baumgartner, Monika, KV Obb.-Südwest

Bredl, Ursula, KV Bamberg-Forchheim

Dehler, Erich, KV Nordschwaben

Färber, Eduard, KV Landshut

Gröpl, Susanne, KV Nordschwaben

Hesse, Margarete, KV Mfr.-Nord

Rittel, Franz, KV Nordschwaben

Johanna Sand, KV Amberg-Sulzbach

Schickl, Horst, KV Altötting-Mühlendorf

Wir trauern um ...

Lämmermann, Heinz (80), KV Nürnberg

Merkl, Josef (80), KV Opf.-Nord

Piendl, Andreas (83), KV Landshut

Kommunale Schulen

MdL Walter Eykmann teilt die Sorge des VLB über die Zukunft der Würzburger Berufsfachschulen

Mit Bedauern reagierte der CSU-Abgeordnete im Bayerischen Landtag und ausgewiesene, langjährige Bildungsexperte Professor Dr. Walter Eykmann auf die Pläne und Praktiken der Stadt Würzburg gegenüber ihren

verantworten. „Wenn der Staat bereit ist, diesen Aufwand zu schultern, so würde er besser die bestehenden Schulen durch kostendeckende Umlagen erhalten“, lautete Eykmanns Einschätzung. Zwar nicht auf dem Papier, jedoch faktisch werde die Ausbildung in einem Brennpunkt der sozialen Entwicklung geschwächt. Für den Volksvertreter ist es „angesichts der Gesellschaftsentwicklung ein unverständliches Unterfangen, ausgerech-

Prof. Dr. Walter Eykmann im Gespräch mit dem VLB über den Erhalt von Würzburger Berufsfachschulen.



Berufsfachschulen (BFS). Aus Sorge um deren Erhalt hatten der Kreis- und Bezirksverband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) den MdL als kritischen Ratgeber zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch eingeladen. Der alles überdeckende Sparzwang treibt im (beruflichen) Bildungsbereich seltsame Blüten, was gerade angesichts eines zunehmenden Mangels an Ausbildungsplätzen unverständlich bleibt.

Die Gesprächspartner waren sich deshalb darüber einig, dass eine weitere Reduzierung oder gar Schließung der Berufsfachschulen in Würzburg nicht durch Neugründungen oder Erweiterungen bestehender Berufsfachschulen außerhalb von Würzburg kompensiert werden kann. Bewährte, zentral gelegene Einrichtungen zu zerschlagen, um mit Millionenbeträgen aus dem Steuertopf neue im Rahmen einer fragwürdigen Kompetenzentrennung in Ochsenfurt bzw. in Marktheidenfeld aus- oder aufzurüsten, ist in Zeiten leerer Kassen nicht zu

net im Bereich der Kinder- und Altenpflege“ zu sparen. VLB-Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambl zeigte sich darüber hinaus äußerst erstaunt ob der Tatsache, „dass die Frau Oberbürgermeisterin mit dem ersten schmerzhaften Einschnitt ihrer Amtszeit ausgerechnet eine Bildungsanstalt loswerden will, die vor allem dem weiblichen Nachwuchs Chancen eröffnet“.

Über Jahrzehnte hinweg hatte sich die Stadt Würzburg zuvor als zukunftsorientiert profiliert, indem sie gleich mehrere BFSen, wenn auch schon einmal mit Eingangsklassenbeschränkung belegt, in ihrem Bildungsangebot hielt. Somit ermöglichte sie fundierte Ausbildung konjunkturunabhängig unter einem (Schul-) Dach. Dies soll nun geändert werden – just zu einem Zeitpunkt, zu dem die Statistiker den Rückgang der Auszubildendenverhältnisse gegenüber 2001 um 7,4% bundesweit vermelden. In der Region selbst werden gar 10,3% Minderung in Industrie und Handel sowie 12,7% im Handwerk registriert. Auf der derart

angerichteten Bühne nahmen dieses Jahr alle Würzburger Berufsfachschulen die größt mögliche Schülerzahl pro Klasse auf um vielen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu geben.

Dass die Zielgruppe des Ausbildungsangebotes, die betroffenen Jugendlichen nämlich, die geplanten Ortsverlagerungen in großem Maße annimmt, wurde in dem Fachgespräch bezweifelt, da die Anfahrt für viele äußerst zeitaufwändig würde. „Angesichts der entstehenden Kosten und der Dauerklagen über eine sterbende Nation ein doppelter Schaden,“ bekräftigte Dr. Eykmann. Mehr Weitsicht signalisiere dagegen ein anderer Schritt der Regierung. Mit der Auslagerung von vorerst 5 Klassen der Staatlichen Fachoberschule Kitzingen nach Würzburg sei auf Dauer eine Entlastung des Stadtsäckels zu erwarten, ohne dass dabei all zu große Nachteile entstehen. In diesem Sinne sollte in Zukunft eine für alle Beteiligten fruchtbarere Kooperation möglich sein als bisher. *Herbert Geiger*

Für Sie persönlich

Schaden an der Schul-Hardware – ein Ärgernis für Kollegen und Schulleitung

Häufig entstehen Schäden an der Schul-Hardware, weil eine Lehrkraft unaufmerksam bzw. fahrlässig handelte.

In diesen Fällen bietet zwar unsere Diensthaftpflichtversicherung Schutz, aber sie wird den Schaden nicht übernehmen. Denn der Lehrer haftet seinem Dienstherrn gegenüber nur bei grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführten Schäden. Bei einfacher Fahrlässigkeit hat der Dienstherr gegen die Lehrkraft keinen Regressanspruch. Der Diensthaftpflichtversicherer wird deshalb die Schadenübernahme ablehnen und, da Versicherungsschutz besteht, der Lehrkraft bei der Abwehr der unberechtigten Ansprüche zur Seite stehen.

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

Kompetenz und Erfahrung

Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Absicherung für:

Berufsunfähigkeit bzw. Dienstunfähigkeit

bei unter 40-jährigen ein "Muss"

Spezialversicherungen für:

**Studenten, Azubis
Berufsanfänger im öffentlichen Dienst
Beamte auf Widerruf und auf Probe.**

Diese Schäden reißen allerdings manches Mal ein erhebliches Loch in den Schulhaushalt, von weiteren Schadensmöglichkeiten ganz zu schweigen, denn jeder Geräteschaden oder -ausfall birgt ein hohes Kostenrisiko.

Doch in modern geführten Schulen geht nichts mehr ohne Elektronik, Daten und Programme.

Deshalb sollte an den Schulen überprüft werden, ob es nicht sinnvoll ist, dieses Schadenpotential durch eine Elektronikversicherung abzudecken.

Das Elektronik-Schutzkonzept, das einige Versicherer anbieten, gibt finanzielle Sicherheit für alle Gerätegruppen, die an den Schulen eingesetzt werden.

Das Schutzkonzept umfasst modular die wesentlichen finanziellen Risikobereiche rund um die Schulelektronik.

Die Hardwareversicherung zahlt bei Sachschäden bis zum Neuwert.

Die Softwareversicherung ersetzt Kosten für die Wiederbeschaffung und -eingabe oder die Wiederherstellung versicherter Daten und Programme.

Bei einem Teilschaden werden die Kosten für die Reparatur bzw. Wiederherstellung übernommen, im Falle eines Totalschadens wird der Neuwert ersetzt.

Versichert sind:

EDV-/Netzwerkanlagen, PCs, Notebooks, Vortrags- und Demonstrationsgeräte, Beamer, Telefonanlagen, Mo-

biltelefone, Faxgeräte, Kopierer, Einbruch- und Brandmeldeanlagen, Türschließenanlagen, Uhren- und Zeiterfassungsgeräte, Funkanlagen, Personensuch- und Rufanlagen, Post- und Papierbearbeitungsgeräte, Aktenvernichter.

Versichert ist:

die Hardware gegen Beschädigung, Zerstörung oder Verlust, unabhängig von der Ursache.

Diese Allgefahrendeckung schließt nicht nur Einzelgefahren wie Feuer oder Einbruchdiebstahl ein, sie umfasst mit wenigen Ausnahmen auch jede Form von Beschädigung, Entwendung oder Zerstörung der versicherten Hardware. So übernimmt die Hardwareversicherung beispielsweise selbst dann die Wiederherstellungskosten, wenn es im Keller durch Dauerregen zu einem Rückstau kommt, Wasser in den am Boden stehenden Server dringt und einen Kurzschluss verursacht.

Auch Bedienungsfehler oder Fahrlässigkeit im Umgang mit elektronischen Geräten wird berücksichtigt. Wenn z. B. eine neben dem Laptop abgestellte Tasse versehentlich umgestoßen wird, der Kaffee über die Tastatur läuft und auf der Hauptplatine einen Kurzschluss verursacht, ist dieser Schadenfall versichert.

Sind Gefahren wie Feuer oder Einbruchdiebstahl bereits versichert, dann kann dies bei der Vertragsgestal-

tung der Elektronikversicherung berücksichtigt werden.

Nicht versichert sind wie bei allen anderen Sachversicherungsverträgen die klassischen Ausschlüsse wie Vorsatz des Versicherungsnehmers, Krieg, Innere Unruhen, Erdbeben oder Schäden durch Kernenergie.

Zusätzlich ausgeschlossen ist die Abnutzung von Geräten, da der Ersatz von abgenutzten Teilen und die Beseitigung von Störungen zum Leistungsumfang üblicher Wartungsverträge gehört.

Da einige Schulen mit der Frage nach der Versicherbarkeit von Hardware-Schäden auf mich zukamen, habe ich den Versicherungsmakler Peter Wiedmann gebeten, interessante Angebote für unsere Schulen zusammenzustellen.

Bei Bedarf erhalten Sie nähere Informationen bei:

Versicherungsmakler Peter Wiedmann, Kister Str. 34, 97204 Höchberg, Tel. 0931/9 23 53, Fax. 0931/96 04 19, Mail: peter.wiedmann@t-online.de

Helmut Lang



Wichtige Änderungen ab Oktober 2003:

Meldung eines Haftpflichtschadens

Da die schriftliche Schadenmeldung direkt an den Versicherer immer wieder zu Problemen geführt hat, wenn Nachfragen erforderlich waren, lassen wir zukünftig die Schadenmeldungen wieder über die VLB-Geschäftsstelle laufen.

Senden Sie bitte Ihre **Schadenmeldung immer an die VLB-Geschäftsstelle**, Dachauer Str. 4, 80335 München per Briefpost oder Fax 089-5 50 44 43.

Zur Erleichterung der Schadenmeldung können Sie den auf der Rückseite abgedruckten Vordruck verwenden. Bitte heften Sie diesen Vordruck bei Ihren Unterlagen ab, damit Sie im Schadenfall eine Kopiervorlage haben. Sie finden diesen Vordruck auch im Internet unter www.vlb-bayern.de. Selbstverständlich können Sie die Schadenmeldung auch per E-Mail an die Geschäftsstelle übermitteln, Adresse info@vlb-bayern.de

Sie müssen im Schadenfall noch folgende Eintragungen auf dem Vordruck vornehmen:

1. Ihren Namen, Anschrift, Telefonnummer und genaue Zeitangabe, in der Sie erreichbar sind
2. Name und Anschrift des Geschädigten mit Telefonnummer und genaue Zeiten, in denen dieser erreichbar ist
3. Kurze Schilderung des Schadens

Beachten Sie im Schadenfall bitte grundsätzlich folgende Handlungsanweisung:

1. Jeder Schaden ist unverzüglich der VLB-Geschäftsstelle zu melden. (Melden Sie auch Kleinschäden vorsorglich an, denn häufig ist die Rechnung höher als der erste Anschein erwarten lässt. Melden Sie auch die Schäden vorsorglich an, bei denen unklar ist, ob überhaupt ein Anspruch entsteht. Fertigen Sie von allen Schriftstücken eine Kopie für Ihre Unterlagen.)
2. Fotografieren Sie den Schaden, damit Sie ein Beweisstück haben.
3. Regulieren Sie nie selbst den Schaden, sondern warten Sie bitte ab, wie Ihr Versicherer entscheidet.
4. Nachfragen zur Schadenregulierung laufen zukünftig über unseren Verbindungsmann bei der Trans/telcon Versicherung, Peter Wiedmann.

Auskunft zur Schadenregulierung
Verbindungsmann zur TRANS/telcon

Peter Wiedmann
Kister Straße 34
97204 Höchberg
Tel. 0931 92353
Fax. 0931 960419
E-Mail: Peter.Wiedmann@t-online.de

zu Versicherungsfragen
Versicherungsbeauftragter VLB

Helmut Lang
Oberer Geisberg 18
97234 Reichenberg
Tel. 0931 661729
Fax. 0931 7908-199
E-Mail: helmut.lang@vr-web.de



Neuschaden-Meldung an Trans/Telcon Versicherungen

Verband der Lehrer an beruflichen
Schulen in Bayern e.V. (VLB)
Dachauer Straße 4

80335 München

Fax-Nr. 089-5 50 44 43



in Kooperation mit



Art des Schadens Amtshaftpflicht
 Diensthauptpflicht
 Privathaftpflicht

Interne Schadensnummer des VLB:

Versicherungs-Vertragsnummer 510 55 65 69

Schadenstag _____

Versicherungsnehmer _____

Anschrift _____

Telefon _____ erreichbar von _____ bis _____ Uhr

Geschädigter/Sonstige _____

Anschrift _____

Telefon _____ erreichbar von _____ bis _____ Uhr

Kurze Schilderung _____

Sachverhalt _____

Besonderheiten _____

_____ Datum _____ Unterschrift

Wir bitten Sie, die Schadensmeldung umgehend an die Geschäftsstelle zu übersenden. Wir bestätigen Ihre Mitgliedschaft und reichen die Schadensmeldung umgehen an die Trans/Telcon Versicherung weiter.



Vermischtes

Moskau – St. Petersburg per Schiff

Reiseeindrücke von Lothar Fischer

Das Tageslicht weicht – typisch für den hohen Norden – zögerlich einer langen Dämmerung. Die Flussufer treten allmählich zurück, die herbstliche Uferpalette der Wälder, seit Tagen für uns eine Augenweide, verblasst – wir gleiten in ein Schilfmeer, bis sich endlich der Fluss Swir in der weiten Wasserwüste des Ladogasees, dem größten Binnensee Europas verliert: Die MS Tschitscherin, unsere schwimmende Herberge seit Tagen wird den See erst tief in der Nacht am Südwestufer wieder über den Abfluss, die Newa verlassen. Auf ihr werden wir dann bis zum Morgen grauen unser Ziel, St. Petersburg, ansteuern. Und damit geht zu Ende, was 6 Tage zuvor im fernen Moskau begann, wo wir zur 1630 km langen Flusskreuzfahrt starteten.

Die Zeit ist im Fluge vergangen und hat Eindrücke in Fülle beschert: Nach dem Flug von München am gleichen Abend noch eine Lichterfahrt durch die illuminierte russische Metropole – eingeschlossen Fahrt mit der Metro und Besichtigung ihrer an Theaterfoyers erinnernden schönsten Stationen; Stadt- und Kremlbesichtigung am folgenden Tag. Gegen 18 Uhr ein Glas Krimsekt mit dem Kapitän; dann löst sich unser Hotelschiff vom Flussbahnhof und gleitet in den Moskau-Wolga-Kanal. 5 Schleusen senken uns bis zum nächsten Morgen auf „Mütterchen Russland“, wie die Russen ihre Wolga liebevoll nennen, und als erste Station den Kreml von Uglitsch.. Vor 400 Jahren kam hier der erst 9jährige Dimitri, erstgeborener Sohn des Zaren Iwan des IV. und damit als Zarewitsch Nachfolger auf dem Zarenthron, mysteriös zu Tode. Wo immer das Schiff anlegt werden wir mit Balaika- oder Trompetenklängen empfangen; Musikanten und ein Heer geschäftstüchtiger Verkäufer hoffen auf Euros und darauf, dass die Touristen der bunten Vielfalt der feilgebotenen Souvenirs nicht widerstehen können.

Nicht nur der einsam aus den Fluten ragende Glockenturm der Kirche von Kaljasin stimmt nachdenklich; bald schon lässt die gewaltige Weite des Rybinsker Stausees ahnen, wie rigoros hier die einstige Sowjet-Diktatur mit Land und Leuten umgesprungen ist. Viele Tausende von Hektar Land mit ca. 700 Ortschaften wurden geopfert und schwerste Eingriffe in das Ökosystem der betroffenen Regionen in Kauf genommen – von den Tausenden von Opfern unter den Zwangsarbeitern ganz zu schweigen – um von der Ostsee wie vom Nordmeer aus einen Zugang zu den industriellen Zentren an der Wolga zu schaffen und gleichzeitig eine rein russische Verbindung zu Kaspischem wie Schwarzem Meer herzustellen.

Die Schleuse in den Fluß Scheksna hebt uns ausnahmsweise einmal 11 m höher, da es vom 162 m hoch gelegenen Moskau ins Meer naturgemäß ständig abwärts geht. Wieder treten die Ufer weit zurück, doch die schier endlose Wasserweite täuscht: Zahlreiche Baumstümpfe künden vom seichten Wasserstand des überfluteten Landes und nur die lückenlose Betonung weist dem Schiff im Zickzackkurs den Weg durch den ehemaligen Flusslauf. Graureiher, bisweilen auch Fisch- und Seeadler künden vom Fischreichtum des Wasserweges und nur die vereinzelt Anglerboote lassen ahnen, dass in der Öde Menschen wohnen. Ansonsten nur farbenfrohe Wälder und Wasser – Natur pur.

Nächste Anlegestelle ist Goritzky am Süden des Weißen Sees, von wo uns Busse ins 10 km entfernte Belozersker Kyrillovklöster bringen – einst gegründet durch den als Heiligen verehrten Moskauer Mönch Kyrill, der sich 60jährig auf den 600 km langen Fußmarsch machte, sich hier als Eremit niederließ und bald zahlreiche Pilger anlockte. Das Kloster brachte es mit Unterstützung der Zaren zu großem Reichtum – 400 Dörfer mit über 20 000 Leibeigenen zählten zum Besitz – den es durch einen festungsartigen Ausbau mit einer riesi-

gen Mauer zu schützen wusste. Von der einstigen Bedeutung kündigt eine beeindruckende Bausubstanz, heute Anlass für umfangreiche Restaurationsarbeiten.

Den am Schiffsbetrieb Interessierten bietet die folgende Nacht ein besonderes Erlebnis: den Abstieg aufs Niveau des Onegasees über eine „Treppe“ von 6 Schleusen. Im zweitgrößten Binnensee Europas laufen wir hoch im Norden die Insel Kischi an, wo einmalig schöne altrussische Holzkirchen – von der UNESCO zum Welt-Kulturerbe erklärt – auf uns warten. Besonders die märchenhafte fast 40 m hohe Christi-Verklärungskirche ist Besuchermagnet und zieht die Kameraobjektive auf sich – zweifellos ein Höhepunkt der Reise.

Die Ufer des Flusses Swir, der Verbindung zwischen Onega- und Ladogasee, sind eindeutig Elchland. Und Bären und Wölfe dürften nicht weit sein. Doch so sehr sich die „Nimrods“ an Bord mit ihren Ferngläsern auch mühen, Elche und einen jungen Bären bekommen sie erst beim Picknick in der Künstlerkolonie Mandrogie zu Gesicht, beide allerdings im Gehege. Aber nicht deshalb lohnt sich der Stopp: Wunderschöne Holzhäuser, gute Folklore und bestes Schaschlik bereichern ein letztes Mal den Törn, ehe wir in den frühen Morgenstunden des 7. Tages in St. Petersburg festmachen.

Die Stadt wartet bei der Rundfahrt mit den bekannten Sehenswürdigkeiten auf, und erntet mit Eremitage, Winterpalast und ihrem insgesamt interessanten Stadtbild viel Anerkennung. Allgemeines Missfallen hingegen löst die Ankündigung aus, dass der Katharinenpalast in Puschkin und damit das sehnlich erwartete Bernsteinzimmer ausgerechnet an den zwei Tagen unseres Besuches geschlossen ist. Zwar mindert der ersatzweise besuchte, wirklich sehenswerte Zarenpalast Pawlow später den größten Ärger; schließlich ist es ein Grund mehr, wiederzukommen, zumal auch die Eremitage viel mehr Zeit verdient hätte. Mit dem Rückflug nach München ging letztlich eine wunderschöne Reise harmonisch zu Ende: Alle 35 Teilnehmer unserer Gruppe waren rundum zufrieden. <

Termine

VLB – Fachtagung Qualitätsmanagement an beruflichen Schulen Ansätze – Perspektiven – Vorschläge

Termin: 6. Dezember 2002
10.00 – 17.00 Uhr
Ort: Nürnberg – Aversa-Hotel

Neben Einstiegsreferaten zu den Themen EFQM, DIN ISO und Qualitätsagenturen am Vormittag finden am Nachmittag themenorientierte Workshops (QM als Führungsaufgabe, QM mit System und QM und externe Evaluation) statt.

Feststehender Teilnehmerkreis, gleichwohl können sich interessierte KollegenInnen noch bis zum 26. Nov. 2003 bei der Geschäftsstelle anmelden.

Ringvorlesung^{LMU} Europa 2004 – Wie viel Diferenz braucht eine moderne Gesellschaft?

Ab dem Wintersemester 2003/04 tritt die Ringvorlesung der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München unter einem neuen Markenzeichen auf: Ringvorlesung^{LMU} steht für die zentrale fakultätsübergreifende Vorlesungsreihe, die regelmäßig jedes Semester dienstagsabends stattfinden wird. Mit einem aktuellen Thema und international renommierten Referenten aus Wissenschaft und Politik ist sie attraktiv für eine breite Öffentlichkeit.

Im kommenden Wintersemester wird sich die Ringvorlesung^{LMU} mit dem Thema „Europa 2004 – Wie viel Differenz braucht eine moderne Gesellschaft?“ beschäftigen. Im Rahmen dieser Vorlesungsreihe werden sich 10. Februar 2004 Spitzenwissenschaftler sowie Experten aus der Politik mit Themenbereichen wie Verfassung, Sicherheit, Bildungs- und Sozialsysteme,

Wirtschaft, Religion und Kultur befassen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte folgender Internetadresse:
<http://www.lmu.de/ringvorlesung>

OST-WEST-Bildungsdialog Gesundheits- und Pflegeberufe

Termin: 8./9. Dezember 2003
Ort: Hygienemuseum Dresden

Von Unterschieden profitieren – Gemeinsamkeiten entwickeln, so lautet das Motto der Tagung, das sich an Lehrende, insbesondere an Schulleiter und Entscheider in den Gesundheits- und Pflegeberufen wendet. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Schulentwicklung“ und „Lehrerbildung“.

Kosten: 75 Euro.
Anmeldung: Tel.: 0351/4 80 34 01;
email: Med.BFS@t-online.de

Der Beitritt der Tschechischen Republik in die EU

Ostkundliches Wochenendseminar

Termin: 29./30. November 2002
Ort: St.-Pius-Kolleg, München

Nähere Informationen erhalten Sie bei: Dr. Friedrich Haberkorn; Tel.: 08382/40 96 95, email: haberkornlinda@aol.com

Methoden moralischer Erziehung und ihre Wirksamkeit

Termin: 14. – 16. November 2003
Ort: Berufsbildungszentrum
Äußere Bayreuther Str. 8,
Nürnberg

Unter dem oben genannten Motto veranstaltet der Fachverband Ethik seine Bundestagung in Nürnberg. Nä-

here Informationen erhalten Sie beim Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg, Gleißbühlstraße 13, 90402 Nürnberg, Tel.: 0911/2 31-25 19. E-Mail: pi@stadt.nuernberg.de

VLB-Fachtagung Bildung von Kompetenzzentren

Der vom Landtag für März 2003 angeforderte Bericht zum Sachstand bei der Bildung von Kompetenzzentren liegt jetzt vor. Dies ist für den VLB Anlass, das Thema Bildung von Kompetenzzentren erneut aufzugreifen und unter dem Gesichtspunkt der bisher gewonnen Erkenntnisse zu diskutieren

Termin: 29. November 2003
10.00 – 15.30 Uhr
Ort: Klinikum Ingolstadt

Geplantes Programm:

10.00 – 12.00 Uhr
Podiumsdiskussion

Teilnehmer:

Siegfried Schneider, MdL, CSU
Renate Dodell, MdL, CSU
Marianne Schieder, MdL, SPD
NN, MdL, Bündnis 90 / Grüne
Hermann Sauerwein, VLB

Moderation:

Alexander Liebel, VLB

13.30 – 15.00 Uhr
Themenorientierte Workshops

15.00 – 15.30 Uhr
**Resumée, Forderungen des
Verbandes**

Der Landkreis Rosenheim sucht zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2003/2004 für die **Kommunale Realschule Prien a.Ch.** eine(n)

Schulleiter(in)

An der Schule unterrichten derzeit 34 Lehrkräfte ca. 580 Schüler in 20 Klassen. Die Stelle ist in Besoldungsgruppe A 15 ausgebracht.

Unser Stellenangebot richtet sich an eine fachlich und pädagogisch qualifizierte Führungspersönlichkeit im Beamtenverhältnis mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen. Darüber hinaus werden sehr gute organisatorische Fähigkeiten, Eigeninitiative, soziale Kompetenz und die Fähigkeit zu selbständiger und teamorientierter Zusammenarbeit erwartet. Erfahrungen in der Schulerwaltung bzw. in entsprechenden Funktionen sowie ausgeprägtes Engagement bei der Wahrnehmung überörtlicher schulischer Aufgaben wären vorteilhaft. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Frauen werden ausdrücklich begrüßt. Wir erwarten, dass die/der künftige Schulleiter(in) die Wohnung am Schulort oder in unmittelbarer Nähe nimmt. Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild; Zeugnissen und dienstlichen Beurteilungen bitten wir bis spätestens

30. November 2003

an das

Landratsamt Rosenheim,
Personalverwaltung, Wittelsbacherstr. 53,
83022 Rosenheim.

zu richten. Für Rückfragen stehen die Schulleitung unter Tel. 0 80 51/6 09 73-0 sowie die Personalverwaltung unter Tel. 0 80 31/3 92 11 00 zur Verfügung.

Autorenverzeichnis:

Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter
BS, Stettiner Str. 1, 97072 Würzburg,
Tel.: 0931/79 08-100

Münch, Johannes

VLB-Webmaster
Rotspitzweg 16,
86931 Stadbergen-Deuringen,
Tel.: 0821/24 30 23

Nußstein, Günter

BS, Prüfeninger Str. 100,
93049 Regensburg,
Tel.: 0941/5 07-12 43

Dr. Ruhwandl, Dagmar

Morgenrothstr. 57, 81677 München,
Tel.: 089/91 07 67 77

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weißstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089/38 58 40 84

Prof. Dr. Stender, Jörg

FAU-Nürnberg, Lange Gasse 20,
90403 Nürnberg, Tel.: 0911/53 02-322

Ulbrich, Armin

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Albrecht-Achilles-Str. 13,
90455 Nürnberg, Tel.: 0911/8 826 86

Bücher / Medien

Titel: Qualität im Deutschunterricht

Autor: Eikenbusch, Gerhard

Verlag: Cornelsen Scriptor, Berlin,
2001

ISBN-Nr.: 3-589-21426-0; 240 S.;
16,36 Euro

Rezensent: Dr. Siegfried Hummelsberger

Die Themen Schulentwicklung und Qualitätsmanagement sind in aller Munde. Dabei ist sicherlich die Entwicklung der Unterrichtsqualität ein essentieller Baustein. Der vorliegende Band will speziell für den Deutschunterricht an der Sekundarstufe das

Handwerkszeug zu einer systematischen Qualitätsverbesserung zur Verfügung stellen.

Das Buch besteht aus zwei großen Teilen. Im ersten wird eine eher allgemeine Orientierung zur aktuellen Qualitätsdebatte geliefert und auf wichtige Erkenntnisse der Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften hingewiesen. Auf dieser Basis werden Kriterien für die Qualität des Deutschunterrichts entwickelt.

Der zweite Teil widmet sich der systematischen Umsetzung qualitätsfördernder Maßnahmen in der Unterrichtspraxis, angefangen z. B. von Evaluationsinstrumenten, Beobachtungshilfen, Checklisten und kreativen Verfahren bis hin zu Aspekten einer mo-

dernen Aufgabenkultur. Abschließend werden Hinweise und Hilfsmittel für die gemeinsame Qualitätsentwicklung in Fachkonferenzen gegeben. Das umfangreiche Instrumentarium bietet jedem Kollegium wichtige Anregungen und Hinweise, auch wenn sicherlich wegen des hohen Aufwandes nicht alles an jeder qualitätsbewussten Schule vollständig umgesetzt werden kann.

Gerhard Eikenbusch leistet insgesamt gesehen einen wichtigen Beitrag für die so aktuelle Qualitätsdebatte, bezogen speziell auf den Deutschunterricht. Zahlreiche Erkenntnisse vor allem aus dem ersten Teil lassen sich zudem auch ohne weiteres auch auf andere Unterrichtsfächer transferieren.

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Bildungsbewusstsein

„Mit mir fängt alles an“, sagte die Vorbildung.

*„Niemand soll meinen, dass es mit mir zu Ende ist“,
sagte die Ausbildung.*

„Mich zieht es mächtig in die Ferne“, sagte die Fortbildung.

*„Ich lasse nichts auf Männer kommen“,
sagte die Glatzenbildung.*

*„Und ich nichts auf meine Freunde, die Zinsen“,
sagte die Kapitalbildung.*

„Ohne Vorbild kann ich nicht leben“, sagte die Nachbildung.

*„Ständig bin ich auf der Suche nach meiner besseren Hälfte“,
sagte die Halbbildung.*

*„Ohne mich wüsste niemand, was er denken soll“,
sagte die Meinungsbildung.*

„Meine Position ist halblinks“, sagte die Herzensbildung.

„Ich mag mich nicht mehr sehen“, sagte die Abbildung.

*„Ich war schon immer die Schönste von euch“,
sagte die Einbildung.*

*„Erzählt ihr nur euere Märchen“, dachte sich die
Legendenbildung, behielt das aber für sich.*

(G. Karpe)